



DOKUMENTATION

Symposium

im Gedenken an
Hermann Scheer

(29.04.1944 - 14.10.2010)

14. Oktober 2011
Willy-Brandt-Haus, Berlin



Hermann-Scheer-Stiftung
(Hermann-Scheer-Foundation)
Wielandstr. 17
10629 Berlin
www.hermann-scheer-stiftung.de
info@hermann-scheer-stiftung.de





Impressum

Herausgeber:

Hermann-Scheer-Stiftung
Wielandstr. 17
10629 Berlin
www.hermann-scheer-stiftung.de
info@hermann-scheer-stiftung.de

Fotos:

Marco Urban, www.marco-urban.de

Gestaltung:

Ute Vogt Gestaltung, www.utevogt.com

Druck: Format Druck und
Medienservice GmbH, Berlin

Die Dokumentation umfasst Referate
und Podiumsdiskussionsbeiträge
des Symposiums im Gedenken
an Hermann Scheer vom 14. Oktober 2011.
Veranstalter: Hermann-Scheer-Stiftung,
SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion.
Veranstaltungsort: Willy-Brandt-Haus, Atrium,
Wilhelmstraße 140/Stresemannstraße 28,
10963 Berlin-Kreuzberg

© 2012, Hermann-Scheer-Stiftung

- 5 Einführung
Energiewende: Die Gemeinschaftsaufgabe des 21. Jahrhunderts
Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender
- 14 Einführung
Gedenken an Hermann Scheer
Dr. Nina Scheer, Vorstand Hermann-Scheer-Stiftung
- 20 **Auf den Schultern eines Riesen**
*Ulrich Kelber,
Stellvertr. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion*
- 29 **Das Prinzip Nachhaltigkeit in der Grundwerte-Trias sozialdemokratischer Programmatik**
*Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin,
Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission*
- 38 **Ein Bild der Zukunft als Wegweiser für die Gegenwart**
Dr. Erhard Eppler
- 45 **Energiewende – Schritte in eine energetische Solidarität**
Dr. Harry Lehmann, Umweltbundesamt
- 56 **Ohne Länder keine Energiewende**
Margit Conrad, Staatsministerin, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa
- 66 Podiumsdiskussion mit Vertretern aller Fraktionen
Fraktionsübergreifende Allianzen und der Austausch mit der Zivilgesellschaft
*Dr. Matthias Miersch, SPD-Bundestagsfraktion
Eva Bulling-Schröter, Bundestagsfraktion Die Linke
Hans-Josef Fell, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Horst Meierhofer, FDP-Bundestagsfraktion
Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende Transparency International, Deutschland*

Moderation: Dr. Franz Alt

ENERGIEWENDE: DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE DES 21. JAHRHUNDERTS

Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender

Es gibt keine bessere Weise an Hermann Scheer zu erinnern, als über Energiepolitik zu sprechen. Vor einem Jahr ist Hermann Scheer gänzlich überraschend, vor allem aber viel zu früh verstorben. Energie, genauer: Der vollständige Umbau eines zentralen Versorgungssystems in Händen weniger, hin zu dezentralen, Erneuerbaren Energien in Händen vieler – das war sein Thema. Es war nicht sein einziges Thema, aber aus diesem hat er viel abgeleitet, hier wurzelte sein politisches Engagement für soziale Gerechtigkeit und Demokratie.

Dass die SPD die Energiewende zu ihrem Thema macht, dafür hat Hermann Scheer lange gekämpft. Viele seiner Anstöße und Ideen sind inzwischen in Arbeit und Programmatik der Sozialdemokratie aufgenommen. Und heute verstehen auch viel mehr Menschen, welche Kraft im Thema Energiewende steckt, das ihn zeitlebens umgetrieben hat.

Die psychologische Kraft der Erneuerbaren Energien bestehe darin, dass sich mit ihnen die realistische Hoffnung einer auf Dauer gesicherten und gefahrlosen Energieversorgung verbinde. So

„Hermann Scheer wusste, dass man durchhalten muss, wenn Politik am Ende zum Erfolg gebracht werden soll.“



schrieb Hermann Scheer kurz vor seinem Tod in einem Aufsatz. Genau dies, schlussfolgert er, mache den überlegenen gesellschaftlichen Wert regenerativer Energien aus: in der Chance auf eine friedliche, lebenswerte, soziale und demokratische Zukunft der Menschheit.

Risiken und Chancen einschätzen

Der Wechsel zu Erneuerbaren Energien hatte eine zivilisationsgeschichtliche Bedeutung für Hermann Scheer. In seinem letzten Buch hat er dies konsequent herausgearbeitet. Seine These: Die Energiewende ist im Kern nicht eine energetische sondern eine ethische Frage. Hermann Scheer nannte dies den „Energetischen Imperativ“.

Diese Setzung verdeutlicht zugleich den Wesenszug seiner Arbeit. Er war kein technikbesessener Erfinder, kein Mikromanager der Energiepolitik. Hermann Scheer war vielmehr ein politischer Generalist, der in großen Linien dachte. Am Beginn seines Berufswegs, in den 1970er Jahren, hatte er als Wissenschaftler im Kernforschungszentrum Karlsruhe Systemanalyse betrieben. Hier lernte er, wie sich Risiken und Chancen abschätzen und berechnen lassen. Diese Erfahrung prägte viele seiner politischen Positionen – zur Abrüstung, zum Kosovo-Einsatz der Bundeswehr genauso wie zu Stuttgart 21 oder der Energiepolitik.

Auf die Solarenergie stieß er beim Nachdenken über die Konversion von Rüstungsbetrieben. Er wurde zu einem leidenschaftlichen Verfechter und Vorkämpfer dieser Technologie, weil er im Verbrauch von fossilen Energien und den Risiken der Atomenergie untragbare Gefahren sah: ökologische Schäden ebenso wie soziale Verwerfungen und weltweite kriegerische Auseinandersetzungen um Ressourcen.

So war seine Leidenschaft in Sachen Erneuerbare Energien nicht gespeist aus ökologischer oder technischer Liebhaberei. Sie manifestierte sich in dem tiefen und ur-sozialdemokratischen Stre-



v. l. n. r.: Podiumsdiskussionsteilnehmer Matthias Miersch, die Referenten: Harry Lehmann, Erhard Eppler, Ulrich Kelber

ben nach einer gerechten, sicheren und friedlichen Welt. Er war überzeugt zu wissen, wie der Umbau, wie die Energiewende hinzubekommen ist. Und dass man sie schlicht schaffen muss, weil sie ein Imperativ für zukunftsfähige Politik und Politiker war, ist und bleibt.

Mit der Verve seines Einsatzes, mit seinem teilweise missionarischen Auftreten und nicht zuletzt mit vielen Argumenten hat er die Menschen für seine Ideen gewonnen. Mehr als dies: Er hat sie begeistert, weit über Deutschland hinaus. Hermann Scheer war in der ganzen Welt unterwegs, bekam international oft mehr Zuspruch als im eigenen Land – und meist auch als in der eigenen Partei.

Ein unbequemer Geist

Warum eckte dieser Ur-Sozialdemokrat in der SPD an? Er selbst hat dies einmal so begründet: Das sei einer gewissen Gremienabstinenz und seiner Neigung zu betriebsstörender Kritikfreu-

digkeit geschuldet. Eine kleine Anekdote dazu. Ein früherer Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion bemerkte, als Hermann Scheer in der Fraktionssitzung auftauchte: Er begrüße Hermann Scheer anlässlich seines Deutschlandaufenthaltes.

Man könnte auch sagen, Hermann Scheer war ein Bonvivant im Umgang mit den klassischen Gremien der Politik. Damit war er seiner Zeit vielleicht sogar voraus. Heute wäre er wahrscheinlich der Ehrenpirat der deutschen Sozialdemokratie. Das alles hat ihn nicht davon abgehalten, immer zu wissen, wann es wichtig war, da zu sein. Er war 16 Jahre im Parteivorstand der SPD und drei Jahrzehnte engagiertes Mitglied im Deutschen Bundestag.

Und er wusste um seine Stärken und Schwächen, hatte die Fähigkeit zur Ironie, erzählte selbst schmunzelnd dieses Bonmot vom Anfang seines Parteilebens: Ende der 1960er-Jahre passierte ihm, was jedem anständigen Sozialdemokraten irgendwann passiert – er stand wegen seiner scharfen Zunge vor der Kreisschiedskommission der Partei, ein Parteiordnungsverfahren drohte. Am Ende kam er mit einer Rüge davon. Konrad Duden, Vorsitzender der Kommission und angesehener Rechtsprofessor, habe ihn nach der Verhandlung beiseite genommen und gesagt: ‚Eigentlich hätten wir dich rausschmeißen müssen, aber ich habe das Gefühl, du wirst für die Partei noch mal sehr wichtig werden.‘ Recht hat er gehabt!

Engagement lohnt sich

Wichtig wurde Hermann Scheer allerdings nicht als Architekt ausgeklügelter Kompromisse, pragmatischer Mehrheitsführer oder gar als braver Parteisoldat. Nein, er wurde wichtig, weil er das mitbrachte, was überzeugende sozialdemokratische Politik am meisten braucht: einen Hoffnungsüberschuss für das, was man im Alltag in der Politik als Lösung anzubieten hat.

Hermann Scheer war ein lebender Beweis dafür, dass sich politisches Engagement lohnt. Sein internationales Ansehen ma-

nifestiert sich in der Verleihung des Alternativen Nobelpreises und seiner Ernennung zum „Hero of the Green Century“. Und in Deutschland sind weltweit wegweisende parlamentarische Erfolge mit seinem Wirken verbunden: Mit einer fraktionsübergreifenden Initiative gelang es ihm 1991 das Stromeinspeisegesetz und 1996 eine Begünstigung erneuerbarer Energien im Baugesetzbuch durchzubringen. Er hat aber auch ebenso großen Anteil am 100.000-Dächer-Programm für Photovoltaik wie am Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2000. Diese Meilensteine waren und sind die Grundlage dafür, dass Deutschland eine Vorreiterfunktion bei der Entwicklung erneuerbarer Energien einnimmt. Und darin liegen auch enorme Chancen, die längst wirtschaftliche Früchte tragen.

Heute wird diskutiert, wie mit der Krise in einer Reihe europäischer Staaten umzugehen ist. Es ist bekannt, dass das ausschließliche Setzen auf Einsparung und Entschuldung die Haushaltskrise, etwa in Griechenland, eher beschleunigt als entschärft hat. Was fehlt, sind Vorschläge für Wachstum und Beschäftigung, für nachhaltiges Wachstum in diesen Ländern. Hermann Scheer hätte wohl längst vorgeschlagen, die Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer dazu zu benutzen, nicht nur in der Sahara aus der Sonne Energie zu machen, sondern auch in Griechenland, in Italien, in Portugal und im spanischen Andalusien. Er hätte konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt. Er würde Deutschland als den Beweis anführen, dass die Energiewende eben nicht Verzicht und Verlust bedeutet, sondern die Basis für künftige Prosperität, für Wohlstand ist. Er hätte Lebensqualität zum Gegenstand der Politik gemacht und nicht nur die formalen Zahlen des Bruttosozialprodukts. Weil er dies nicht mehr tun kann, ist es nun unsere Aufgabe.

Ein Visionär und Pragmatiker

Hermann Scheer ist außerdem ein würdiger Nachfolger von August Bebel, einem der Gründer der Sozialdemokratie. Bebel hat ein Buch geschrieben, in dem er darauf hinweist, wie man die

gesamte Energie für „Akkumulatoren im Reichsgebiet Deutschland“, gewinnen könnte. Bebel wollte die Sonne der Sahara zu Strom machen und damit die Stromversorgung für Deutschland und Europa gewährleisten. Solche Überlegungen hat er in dem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ skizziert.

Bebels Gedanken zeigen, dass es eine lange Tradition in der Sozialdemokratie gibt, sich mit Fragen der Versorgung von Menschen aus natürlichen Rohstoffen und natürlichen Quellen zu befassen. In dieser Nachfolge – als Vordenker weitreichender Visionen, die heute Wirklichkeit werden – steht Hermann Scheer. Er hatte den Mut, Undenkbares zu fordern und den ganzen Mut, pragmatisch zu bündeln sowie daraus Politik zu machen. Er war sozialdemokratischer Visionär aber eben einer, der auch auf die Umsetzung in der Praxis gedrungen hat. Anders als die meisten Visionäre blieb er nicht im Weitblick gefangen und deshalb schon gar nicht ins Scheitern verliebt. Er wollte gewinnen.

Gerne zitierte er einen Satz von Mahatma Gandhi: „Erst ignorieren sie dich, dann lachen sie dich aus, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“ Hermann Scheer wusste, dass man durchhalten muss, wenn Politik am Ende zum Erfolg gebracht werden soll. Das ist eine, das ist seine ur-sozialdemokratische Erfahrung.

Die Arbeit an der Energiewende beginnt erst

In seinen zahlreichen und umfangreichen publizistischen Arbeiten, Vorträgen, Reden und Gesprächen hat Hermann Scheer seit langem ein Ziel propagiert. „Eines Tages werden wir unseren gesamten Energiebedarf mit Erneuerbaren Energien decken können. Bis 2050 wird die solare Vollversorgung möglich“, schrieb er etwa in einem Aufsatz aus dem Jahr 2002. Dieses Ziel hat sich inzwischen seine Partei, die Sozialdemokratie, für ihre eigene Energiepolitik zugrunde gelegt. Darauf fußend hat er mit Männern und Frauen aus der SPD, aus der Zivilgesellschaft, aus Umweltorganisationen genauso wie aus Gewerkschaften und Wirtschaft ein tragfähiges und ambitioniertes Energiekonzept erarbeitet.



unteres Bild: v. l. n. r.: Erhard Eppler, Ulrich Kelber

Klar ist: Die Energiewende gelingt nur, wenn wir sie konsequent und entschlossen anpacken. Und hier sind derzeit leider die größten Zweifel angebracht. Es gibt eine große Befriedigung darüber, dass im Jahr 2011 die Abkehr von der Atomenergie gelungen ist. Dabei sollte man allerdings eins nicht vergessen: Es ist eher ein Zeichen der Stärke der deutschen Wirtschaft als ein Zeichen für kluges Regierungshandeln, wenn die Laufzeiten für Kernkraftwerke erst um 12 bis 14 Jahre verlängert werden, um sie zwölf Monate später schneller zu beenden. Man kann einer Volkswirtschaft eine Menge zumuten – aber nicht alle paar Monate eine 180-Gradwendung in der Energiepolitik.

Dennoch war der Atomausstieg folgerichtig. Er fußt auf breitem Konsens. Viele Menschen glauben nun, insbesondere in den Parlamenten, dass mit den entsprechenden Gesetzen die Arbeit getan sei und der Rest von alleine geschehe. Das ist ein gefährlicher Trugschluss. Ein Beispiel: Damit die Energiewende klappt, soll der Strombedarf bis 2020 um zehn Prozent sinken. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass immer dann, wenn die Politik sich vorgenommen hat, weniger Energie zu verbrauchen, der Energiebedarf nach Ablauf dieses Zeitraums anstieg. Und die Voraussetzungen, dass es dieses Mal anders läuft, sind nicht zu erkennen. Es gibt fast keine Initiativen, die eine Absicherung dieses Einsparziels gewährleisten, obwohl nur neun Jahre bleiben. Das ist in der Energiepolitik eigentlich morgen, spätestens aber übermorgen.

Es gibt keine Antworten auf die zentralen Fragen: Wie soll die Netzstabilität in Deutschland sichergestellt werden? Wie soll das Verhältnis aussehen zwischen dezentraler Energieversorgung, die so umfänglich wie möglich sein soll, und zentraler Energieversorgung, die zu einem bestimmten Anteil auch künftig gebraucht wird? Längst nicht in allen Bereichen der Erneuerbaren Energien liegen nachhaltige Konzepte vor. Es ist dringend nötig, dass die Politik an diesen Themen dranbleibt und nicht glaubt, durch ein paar Gesetzesbeschlüsse sei die Angelegenheit erledigt und sie

werde sozusagen aus sich selbst heraus zum Erfolg geführt. Deshalb ist nicht nur diese Tagung wichtig, sondern auch weitere Konsequenzen, weiteres Handeln.

Breite Beteiligung an der Energiewende

Ein zentraler Punkt wird dabei gerne übersehen: die Beteiligung der Bürger. Es war etwas überflüssig, zu den Fragen einer künftigen Nutzung der Atomkraft eine Ethikkommission einzusetzen. Zumindest den Sozialdemokraten war seit Jahrzehnten klar, dass die Kernenergie ethisch nicht verantwortbar ist. Dazu hätte es keine erneute Untersuchung gebraucht. Einige der Ergebnisse dieser Kommission haben allerdings Relevanz: Es sei dringend erforderlich – so steht es im Abschlussbericht –, parallel zum parlamentarischen und zum Regierungshandeln, eine öffentliche Beteiligung bei der Energiewende voranzutreiben. Man müsse zudem beobachten und immer wieder überprüfen, wie weit man auf der Wegstrecke, hin zur Energiewende und zum Ausstieg, gekommen ist.

Für diesen Vorschlag der Kommission gab es im deutschen Bundestag und in der Bundesregierung keine Mehrheit. Das war ein Fehler. Man müsste mit Vertretern der Zivilgesellschaft, aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltorganisationen dafür sorgen, dass es eine öffentliche Debatte um das Erreichen der jeweiligen Wegmarken auf dem Weg zum Ziel gibt. Vielleicht ist dazu ein eigenes Mandat im Parlament nötig, ähnlich dem des Wehrbeauftragten, mit entsprechenden Rechten und eigenen Befugnissen.

Es ist eine der zentralen Voraussetzungen, die gesamte Gesellschaft bei der Überprüfung der Schritte zur Energiewende einzubeziehen. Gelingt dies nicht, dürften die Wegmarken relativ schnell verfehlt werden. Man darf nicht aufhören, bis das Ziel erreicht ist – hätte Hermann Scheer gesagt. Genau das muss sich sozialdemokratische Politik vornehmen. Jetzt abgegebene Versprechen müssen spätestens ab 2013 auch eingehalten werden.

„Der gemeinsame
Nenner von
Hermann Scheers
politischer Arbeit
waren Ideale und
Werte: Gerechtigkeit,
gesellschaftliche
Verantwortung
und Solidarität.“

GEDENKEN AN HERMANN SCHEER

*Dr. Nina Scheer,
ehrenamtlicher Vorstand Hermann-Scheer-Stiftung*

Eine Veranstaltung im Gedenken an Hermann Scheer könnte eine ganze Reihe politischer Themenfelder behandeln. Wollte man allen Fragestellungen gerecht werden, mit denen er sich zeitlebens befasst hat, ergäbe dies ein mehrtägiges Symposium. Der Fokus dieser Veranstaltung liegt deshalb auf einem Thema: die gesellschaftlichen Herausforderungen und Aufgaben zu benennen, die sich im Lichte einer wertebasierten Energiewende stellen.

Der gemeinsame Nenner von Hermann Scheers politischer Arbeit waren Ideale und Werte: Gerechtigkeit, gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität. Zwei Beiträge widmen sich deshalb dem Themenfeld Werte und politische Handlungsmaximen – *Julian Nida Rümelin* erläutert **DAS PRINZIP NACHHALTIGKEIT IN DER GRUNDWERTE-TRIAS SOZIALDEMOKRATISCHER PROGRAMMATIK** und *Erhard Eppler* skizziert **EIN BILD DER ZUKUNFT ALS WEGWEISER FÜR DIE GEGENWART**.

Mit dem Tod von Hermann Scheer eng verknüpft ist der Gedanke an ein gewaltiges Lebenswerk. Es ist gekennzeichnet von Themenvielfalt, Kreativität, Mut zu Unerprobtem, Konzepten und

Lösungswegen für drängende Herausforderungen unserer Zeit. Und es ist heute aktueller denn je. Die Zukunftsfestigkeit seines Werkes lässt sich besonders gut an der Entwicklung der Erneuerbaren Energien in Deutschland erkennen – eine Erfolgsgeschichte mit weltweiter Ausstrahlungswirkung.

Die Erneuerbaren Energien, die produzieren heute knapp 19 Prozent des bundesweiten Stroms, verdanken diese Entwicklung weitgehend dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Das EEG, international auch als „Scheer’s law“ bekannt, dient als Hebel zur Öffnung eines von atomar-fossiler Monopolwirtschaft geprägten Energiemarktes. Als das EEG entstand, war der Satz „Global denken, lokal handeln“ keine weit verbreitete Maxime politischen Handelns. Doch heute steht das EEG als herausragendes Beispiel dafür, dass die Vorreiterfunktion ein wichtiger gestalterischer Mechanismus ist, der globale Nachahmeffekte auszulösen vermag. Das Vorangehen eines Staates in Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung, gegebenenfalls mit Alleinstellungsmerkmal oder Vorreiterfunktion, hat dabei nichts mit Staaten-gemeinschaftsfeindlichkeit zu tun. Es ist vielmehr Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips, wie es etwa im Vertrag von Lissabon verankert ist.

Energiepolitisch steht Hermann Scheer für das Ziel einer weltweiten Vollversorgung durch Erneuerbare Energien. Er war früh überzeugt, dass schon aus Gründen der fossilen Ressourcenverknappung die Energiewende die wohl einzige Möglichkeit sei, die Menschheit vor sozialen Verwerfungen und Kriegen um die letzten fossilen Reserven zu bewahren sowie die Zivilisationen auf einen gerechten, menschenwürdigen und die Umwelt erhaltenden Weg zu führen.

Er steht konzeptionell aber auch für den Weg, wie dieses Ziel schnell und ökonomisch zu erreichen ist. Seine Kernthesen lauteten:

- Gesellschaftlicher Wandel kann nur durch und mit den Menschen vor Ort erfolgen.

- Gesellschaftliche Teilhabe ist der Motor für diese Entwicklung.
- Die von der fossil-atomaren Energieversorgung geprägten Strukturen haben zahlreiche Barrieren für den Einsatz Erneuerbarer Energien geschaffen.
- Eine hundertprozentige, dezentrale Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien ist auch in Deutschland möglich.
- Das Solarzeitalter – was sich immer auf alle die Sonnenenergie zurückzuführenden erneuerbaren Quellen bezieht – bedarf eines politischen gesellschaftlichen Aufbruchs.

In dieser Überzeugung gründete er 1988 gemeinsam mit seiner Frau Irm Scheer-Pontenagel, unterstützt von vielen weiteren engagierten Akteuren, die Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien – EURO SOLAR. Zu den Gründungsmitgliedern zählt auch *Dr. Harry Lehmann*, der heute **DIE ENERGIEWENDE – SZENARIEN, PRAXIS UND AUFGABEN** behandeln wird.

Im Rahmen des bei EURO SOLAR gestärkten zivilgesellschaftlichen Engagements wurden unter anderem Initiativen für die „Energiewende“, die „Solare Weltwirtschaft“, die „Energieautonomie“ und den „Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt“ aufgebaut. Begriffe, die Hermann Scheer auch in seinen Büchern aufgriff und ausführte.

Neben der ökologischen Dimension hat die Energiewende eine völkerverständigende Mission. Haben doch Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gezeigt, dass selbst Rechtsstaaten gefährdet sind, Kriege um Ressourcen zu führen. Daneben sind Bildung und Aufklärung wichtige Elemente, die Einführung Erneuerbarer Energien voranzutreiben. Mit den Zwecksetzungen: Förderung des Umweltschutzes, Völkerverständigung und Bildung greift die Hermann-Scheer-Stiftung zentrale Bereiche seines Lebenswerkes auf.

Hermann Scheer als Visionär und Vordenker zu gedenken, beinhaltet die Erkenntnis, dass aus dieser Würdigung die Aufgabe der



Umsetzung seiner Vorstellungen über die Machbarkeit und Entwicklungsschritte der Energiewende erwächst.

Aber was machte Hermann Scheer zum Visionär und Vordenker? Er folgte immer zwei Leitfäden:

- Der Ultima Ratio der in sich stimmigen Ausgangsprämisse
- und dem Überwinden von aus sich heraus nicht zu rechtfertigenden Denkbarrieren.

Auf dieser Grundlage konnten Aussagen entstehen wie: „Die schnelle und umfassende Einführung Erneuerbarer Energien heute garantiert, dass wir morgen eine umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energie für alle haben.“ Hier sind klare Ausgangsprämissen und klare Ziele formuliert, aus denen ebenso klare Umsetzungsschritte zu folgern sind.

Eben diese klaren Ziele, mit denen Ideale und Werte verknüpft sind und für die es sich zu streiten lohnt, fehlen heute vielen Menschen. Sie wenden sich resigniert vom politischen Geschehen ab oder gründen eine Protestpartei. Aus der Perspektive der Volksparteien sollte man sich weniger fragen, was der Bürger an Veränderungen verträgt, als vielmehr für welche Ziele er bereit ist, Veränderungen und Einschnitte hinzunehmen.

Mit Fukushima und dem darauffolgenden Atomausstieg in Deutschland scheint eine solche wertgebundene Veränderung vorgenommen. Für das Energiegesetzespaket aus dem Jahr 2011 insgesamt trifft dies allerdings nicht zu. Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz und einigen weiteren Maßnahmen werden zentralisierte, auf große Übertragungsnetze und leistungsstarke Offshore-Windparks ausgerichtete Strukturen gestärkt. Diese Maßnahmen riskieren eine Entschleunigung der Energiewende – ganz entgegengesetzt zu den Maximen, für die Hermann Scheer stand.

Problematisch ist auch, dass in der Komplexität des Gesetzespakets viele Entscheidungen vorgenommen wurden, die aufgrund der schieren Menge an Regelungen und im Schatten des alles überragenden Atomausstiegs weitgehend undiskutiert blieben. Was bedeutet dies für die Parlamentsarbeit und für das Wirken eines einzelnen Abgeordneten? Hermann Scheer setzte sich immer für ein starkes und selbstbestimmtes Parlament ein, von dem Initiativen wie das EEG ausgehen. Er schmiedete fraktionsübergreifende Allianzen. Er stand für einen mündigen Abgeordneten, der sich und die parlamentarische Arbeit nicht von vermeintlichen Sachzwängen beeinflussen lässt.

Mit eben diesem Wirken sowie der Relevanz der zivilgesellschaftlichen politischen Ebene wird sich die Podiumsdiskussion unter dem Titel: **FRAKTIONSÜBERGREIFENDE ALLIANZEN UND DER AUSTAUSCH MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT** auseinandersetzen.

Zuvor behandelt *Margit Conrad, Staatsministerin und Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und in Europa*, die Bedeutung der Länder im Kontext der Energiewende. Ihr Titel: **OHNE LÄNDER KEINE ENERGIEWENDE**.

Was zum Ausgangspunkt dieser Betrachtungen führt: die Würdigung. Und die Würdigung beinhaltet den Appell zur Umsetzung. Nehmen wir dies ernst, Hermann Scheer begleitet uns.

AUF DEN SCHULTERN EINES RIESEN

Ulrich Kelber, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender

Es war schön, dass das erste Hermann-Scheer-Symposium bei Hermann-Scheer-Wetter stattfinden konnte. Strahlender Sonnenschein ist nicht nur gut für die Solarstromproduktion. Es war auch immer das Wetter, bei dem Hermann Scheer im Freien im Café saß und mit seinen Mitsprechern über neue Initiativen und Projekte sprach.

Kurz vor diesem Symposium wurde in Bonn das Innovationszentrum der IRENA eröffnet, die Dependence der Internationalen Erneuerbare-Energien-Agentur. Zur Eröffnung kam Bundesumweltminister Norbert Röttgen. So seltsam verläuft manchmal die Geschichte: Röttgen hatte einst im Bundestag noch gegen IRENA gestimmt. Hermann Scheer, ohne den es IRENA nicht gäbe, konnte nicht dabei sein. Scheer hat unermüdlich für die Idee einer internationalen Erneuerbaren-Agentur gekämpft, er hat sie in der SPD durchgesetzt und mit der SPD dann im Parlament. Alle anderen Parteien waren zunächst dagegen, abgesehen von einzelnen engagierten Abgeordneten. Erst als Umwelt- und Außenministerium gleichzeitig in SPD-Hand waren – und Hermann Scheer weiter massiv drängte (und drängen konnte er verdammt gut) – wurde IRENA erfolgreich gegründet.

„Hermann Scheers Einsatz für Erneuerbare Energien war die modernste Form der Industriepolitik.“



Nur kam es dann anders als gedacht: Man muss sich heute fragen, ob IRENA nicht das Opfer seines eigenen Erfolgs wurde. Weil auf einmal viele dabei sind, die die Erneuerbaren Energien eher aufhalten als fördern wollen.

Wechselhafte Phasen der Energiepolitik

In der SPD und ihrer Positionierung in der Energiepolitik gab es ähnliche Entwicklungen. Seit 1949 hat die Partei sehr wechselhafte Phasen, sehr unterschiedliche Positionierungen erlebt. Von den 1950er- bis in die 1970er Jahre hinein war die SPD die Atompartei Deutschlands. Atomenergie und Fortschritt waren in den Programmen gleichgesetzt. Das sollte eine Warnung sein: Eine Technologie allein kann niemals als Gradmesser für gesellschaftlichen Fortschritt dienen. Genau wie die Ablehnung einer Technologie niemals per se als Fortschrittsfeindlichkeit gelten kann.

Diese Erkenntnis zieht sich durch die Generationen: Horst Ehmke, Vorgänger in meinem Wahlkreis, war noch in den 1970er Jahren einer der Sozialdemokraten, der ohne Atomenergie in Deutschland die Lichter ausgehen sah. Sein Nachfolger ist heute, mit seiner Billigung, einer der radikalsten Gegner der Nutzung der Atomenergie.

Denn in den 1970er und 1980er Jahren wurde der Widerstand gegen die Atomenergie innerhalb der SPD immer stärker. Die SPD hat gleichermaßen stellvertretend für die Gesamtgesellschaft die Atomenergie-Debatte geführt – ernsthaft, mit Sachverstand und mit immens viel Aufwand.

1984, noch vor dem GAU in Tschernobyl, gab es erstmals auf einem Bundesparteitag der SPD eine Mehrheit gegen die weitere Nutzung der Atomenergie. Und 1986 wurde fast einstimmig der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und in den 1990er Jahren trieben prominente SPD-Mitglieder die energiepolitische Debatte

voran: Michael Müller warb für mehr Klimaschutz und eine Umwandlung der Industriegesellschaft. Ernst-Ulrich von Weizsäcker führte mit seinen Thesen und Forschungsarbeiten zum Thema Energieeffizienz ein völlig unterschätztes Thema in das Zentrum der Diskussion. Und natürlich war da Hermann Scheer – mit seiner konkreten Vision, innerhalb von einer Generation 100 Prozent Erneuerbare Energien zu erreichen. Mit seinem Verständnis, dass der Umbau zu Erneuerbaren Energien gleichzeitig ein Umbau der gesamten Gesellschaft hin zu Stabilität, Frieden und Lebensqualität sein würde, warb er viele neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die energiepolitische Debatte.

Ab 1998 kam die SPD mit dieser neuen Energiepolitik dann als Regierungspartei in die Umsetzungsphase. Die ökologische Steuerreform, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und IRENA sind nur drei Beispiele von vielen. Gerade Hermann Scheer hat Impulse gesetzt. Nur: Die SPD hat diese Impulse nicht ausreichend genutzt. Sie hat die Personen Scheer, von Weizsäcker und Müller zu wenig eingebunden. Sie hat es nicht geschafft, diese Themen mit der SPD zu verbinden.

Die fatale Angst vor der eigenen Politik

Denn die SPD ist viel zu oft eine „Ja, aber ...“-Partei. Sie schränkt ihre eigenen Forderungen und Erkenntnisse schnell öffentlich wieder ein. Als gäbe es da eine Angst vor den Konsequenzen der eigenen Politik.

Doch mit einer „Ja, aber ...“-Haltung gewinnt man niemanden. Damit setzt man sich nur zwischen alle Stühle, wird als uninteressant, als lau, als langweilig wahrgenommen. Schlimmer noch: als inkonsequent und unzuverlässig.

Hermann Scheer hat mit seinem Einsatz für Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe gezeigt, welche Chancen eine „Ja, und“-Politik eröffnet. Es kommt nicht oft vor, dass eine Partei die Chance bekommt, ein völlig neues Themenfeld mit sich zu verbin-

den. Die SPD hat diese Chance vertan, sich mit aller Macht und allen Personen des Themas Erneuerbare Energien zu bemächtigen.

Zu allem Überdross verkauft sich die SPD in der Energiepolitik bis heute unter Wert, macht sich kleiner als sie ist. Wer weiß denn noch um die Erneuerbare-Energien-freundliche Politik von Johannes Rau, die in der SPD Nordrhein-Westfalens so oft versteckt wurde? Und wem ist bewusst, dass die SPD-Landesregierungen in Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen die Erneuerbaren Energien auf Landesebene entscheidend vorangebracht haben? Wer hat die progressive Position in den neuen SPD-Energiekonzepten wahrgenommen? Wer bekommt die Kärnerarbeit mit, die die SPD hier Tag für Tag leistet? Das registriert höchstens ein kleiner geschlossener Kreis der Fachwelt.

Für die anderen ist die Partei wegen der laufenden „Ja, aber“-Melungen irgendwo im Sumpf zwischen Status quo und mutigem Vorangehen gefangen. Ein paar Beispiele: „Wir wollen den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, aber ...“, „Klimaschutz schön und gut, aber ...“, oder: „Wir dürfen nicht grüner sein als die Grünen“. Geht es also nicht darum, dass zu tun, was man für richtig hält, sondern sich bewusst anders zu verhalten als eine kleinere Partei?

Obenaufl kommt das stetige Bekenntnis zum Bau von neuen Kohlekraftwerken, die doch in Wirklichkeit zu 95 Prozent entweder schon im Bau sind oder aus Kostengründen nie realisiert werden. Das alles ist beschämend. Und was wollen wir damit eigentlich sagen?

100 Prozent Erneuerbare fordern

Warum nicht eine „Ja, und“-Partei sein, eine Partei für 100 Prozent Erneuerbare Energien mit jeder Faser, mit jeder Wortmeldung, mit jeder Person? Erneuerbare Energien sind kein Instrument in der Politik, sie sind ein politisches Prinzip. Hermann Scheer hat da-

für gestanden. Für das „Ja, und ...“-Prinzip, für 100 Prozent Erneuerbare Energien, für Fortschritt. Radikal. Er hatte nichts übrig für Formelkompromisse. Aber er hat inhaltliche Kompromisse mitgetragen, wenn sie den Weg nach vorne nicht verbauten.

Legendär ist sein Einsatz für die Anerkennung von Grubengas aus stillgelegten Kohlegruben als erneuerbare Energie und dessen hohe Vergütung. Auf dem ersten Blick widersinnig, war es ein Vehikel zur Durchsetzung des EEG gegen den Willen des Bundeswirtschaftsministers. Als dieser wieder einmal die Abstimmung über die EEG-Einführung verschieben wollte, meldete sich die „Kohlefraktion“ aus NRW und forderte die sofortige Verabschiedung. Hermann Scheer hatte ihnen deutlich gemacht, was sie alles mit der Grubengasvergütung in ihren Wahlkreisen machen konnten. Und so hat er mit Hilfe der größten Kohlefans in der SPD die Förderung der Erneuerbaren Energien durchgesetzt.

Die neuen SPD-Energiekonzepte, beschlossen in Fraktion und Parteivorstand, stehen für dieses radikale Durchdenken, dieses „Ja, und ...“ im Sinne Hermann Scheers. In diesem Konzept steht die Forderung nach einer schnellen Ablösung der fossil-nuklearen Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien. Dort steht die Umstellung auf dezentrale Versorgung mit deren Bevorzugung in Regulierung und Förderung. Dort steht ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit sektorspezifischen Zielen und damit null CO₂ im Bau-, Verkehrs- und Energiesektor bis 2050. Auch klare Zwischenziele sind formuliert. Hermann Scheer hätten diese neuen konsequenten Konzepte gefallen. Geistiger Pate vieler seiner Bausteine war er ohnehin.

Eine neue Industriepolitik

Es ist eine gute Entscheidung, dass sich die SPD auf die Notwendigkeit einer Industriepolitik zurückbesinnt. Die Sicherung von Wertschöpfung und Arbeit in industrieller Produktion und industriellen Dienstleistungen drängt. Aber diese Rückbesinnung darf nicht zum inhaltlichen Rückfall werden. Sonst bleiben andere Pro-

bleme ungelöst, bleiben andere Aspekte von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unberücksichtigt.

Mit Industriepolitik allein erreicht man keine politischen Mehrheiten. Das galt schon in den 1970er Jahren und heute – bei geringerer Beschäftigtenzahl in der Industrie – umso mehr. Es darf keine Schutzzäune um überholte Technologien geben. Sie schaden eher als sie nutzen. So werden Branchen zum Technologiemuseum und Arbeitsplätze in innovativere Regionen exportiert. Die Erfahrungen mit dem Katalysator sind dafür ein bekanntes Beispiel.

Hermann Scheers Einsatz für Erneuerbare Energien war die modernste Form der Industriepolitik. Es war ein Einsatz für neue Wertschöpfung, neue Produkte, neue Dienstleistungen und neue Jobs. Dieser Einsatz war nachhaltig im eigentlichen Sinne des Wortes: Er hat sie durchgesetzt gegen die Wirtschaftsverbände, die oft Lord-Siegel-Bewahrer des Status quo und der Subventionen sind. Funktionäre, denen jedes Verständnis für neue Wertschöpfung fehlt, taugen nicht als Gesprächspartner.

Es kommt auf etwas anderes an. Isaac Newton sagte 1676 in Anlehnung an einen mittelalterlichen Mönch: „Wenn ich weiter geblickt habe, so deshalb, weil ich auf den Schultern von Riesen stehe!“ Das gilt auch für die heutige Generation. Wenn wir über eine Reduktion der CO₂-Emissionen von 40 Prozent sprechen können, über einen Anteil von 50 Prozent Erneuerbarenstrom bis 2020, über mögliche 500.000 Jobs, dann weil andere die Pionierarbeit geleistet haben. Denn Hermann Scheer war der Oberriese in der energiepolitischen Debatte der SPD.



Bild unten: Podiumsdiskussionsteilnehmer/in Matthias Miersch und Eva Bulling-Schröter

„Er war überzeugt,
dass die Markt-
gläubigkeit nicht
der Königsweg
sein kann, um dem
,Energetischen
Imperativ‘ gerecht
zu werden.“



DAS PRINZIP NACHHALTIGKEIT IN DER GRUNDWERTE-TRIAS SOZIALDEMOKRATISCHER PROGRAMMATIK ¹

*Professor Dr. Julian Nida Rümelin,
Philosophisches Seminar der Universität München,
Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission*

Politik lebt von Legenden. Eine dieser Legenden ist, dass der Menschenrechtsdiskurs eine Erfindung des Westens sei. Der Westen, so wird kolportiert, habe diesen Wertekanon in einer kurzen Phase der Dominanz in den Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg dem Rest der Welt aufoktroziert. Doch mit den historischen Tatsachen ist das nicht in Einklang zu bringen. Hauptgegner der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (General Declaration vom 10. Dezember 1948) waren damals Großbritannien und in den USA das Pentagon. Die zweite Säule der Vereinten Nationen, neben dem System kollektiver Friedenssicherung haben andere errichtet. Es waren jüdische Organisationen, es war Eleanor Roosevelt, die Witwe des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, es waren südamerikanische Staaten und insbesondere Indien. Es war nicht „der Westen“.

So ähnlich steht es um eine kleinere Legende, die bis heute auf fruchtbaren Boden stößt: 1979 wurden die Grünen als Partei gegründet und damit, heißt es, sei endlich die Ökologie in die Politik gekommen. Das ist schlicht falsch. Erhard Eppler hat 1971 einen viel beachteten Vortrag vor der IG Metall gehalten und für eine

¹Dies ist die leicht redigierte Abschrift des frei gehaltenen Vortrages

ökologieverträgliche Gestaltung der Industriegesellschaft plädiert. Die SPD hatte seit Anfang einen „öko-sozialistischen“ Flügel, der mit der Wachstums- und Kernenergiepolitik der sozialliberalen Regierung unter Helmut Schmidt unzufrieden war. Die SPD war auch in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie gespalten. Lange bevor es die Grünen gab. Durch das Aufkommen der Grünen wurde diese Strömung innerhalb der SPD nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Meine persönlichen Motive 1974 in die SPD einzutreten, waren zum einen, der bayerischen SPD zu helfen, nachdem sie in der Landtagswahl zuvor ein katastrophales Ergebnis eingefahren hatte. Zum anderen, diese große Partei in der Ökologie-, in der Energiepolitik und in der Friedenspolitik auf einen neuen Weg zu bringen. Es hat es lange gedauert bis diese Themen Niederschlag in der großen Politik fanden.

Nachhaltigkeit als vierter Grundwert?

Die Grundwerte der Sozialdemokratie sind Freiheit, Gleichheit/Gerechtigkeit und Solidarität. Ihre Wurzeln reichen weit zurück. Angesichts der neuen Herausforderungen stellt sich die Frage, ob es einen neuen, einen vierten Grundwert braucht: den der Nachhaltigkeit.

Was genau ist mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ gemeint? Spätestens seit der Umweltkonferenz von Rio wird dieser Begriff so vielfältig und so missbräuchlich verwendet, dass man oft gar nicht mehr weiß, worum es eigentlich geht. Nachhaltige Wachstums politik wird zum Beispiel als eine Politik verstanden, die dazu beiträgt, dass es nachhaltig hohe Wachstumsraten gibt. Das dürfte kaum den ursprünglichen Motiven derjenigen entsprechen, die diesen Begriff in die politische Debatte eingebracht haben. Was also ist „Nachhaltigkeit“ und wie fügt sich dieser Grundwert in die Trias ein? Und was bedeutet das konkret für die Ausrichtung der Politik?

Zur Klärung dieser Fragen ist es hilfreich von den heutigen Debatten ein wenig Abstand zu nehmen und einen Blick auf die lange Geschichte der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu werfen. Ihre Entstehung ist ein faszinierender Prozess. Um ihn zu begreifen, muss man an die Wurzeln der europäischen Kulturgeschichte gehen. Welche Wurzeln dies genau sind, darüber lässt sich trefflich streiten. Aber eine Wurzel ist zweifellos die griechische Klassik und der Versuch einer ersten Demokratie in Athen. Eine Demokratie der republikanischen Teilhabe, nicht im Sinne irgendeiner republikanischen Partei von heute, sondern des Engagements Einzelner für das Gemeinwesen.

Wurzeln in der Griechischen Klassik

Für den griechischen Philosophen Platon ist entscheidend, dass alle Menschen einen Bildungsweg einschlagen und ihre Fähigkeiten zur vollen Entfaltung bringen. Als Platon in die Welt schaut, die ihn umgibt, muss er allerdings feststellen, dass die Frauen zu Hause sind und faktisch keine Rolle im öffentlichen Leben spielen. Mit einer Ausnahme, den Hetären. Sie sind als Gefährtinnen der Männer zugelassen.

Platon leuchtet das nicht unmittelbar ein und so stellt er als erster Feminist der europäischen Kulturgeschichte folgende These auf: Männer und Frauen sind gleich zu behandeln – bezüglich der Bildungsfrage. Da er ein scharfsinniger und rücksichtsloser Denker war, sagt er: Voraussetzung dafür ist, dass wir die Familienarbeit der Frauen beenden. Kinder sollten in toto staatlichen Einrichtungen übergeben werden. Dieser Ansatz wäre eine erste Polis der Gleichheit gewesen. Doch Platons Zeitgenossen reagierten entsetzt: Unvorstellbar! So kann man doch nicht leben!

Ein zweites Beispiel: Es ist historisch falsch, wenn manche christliche Theoretiker Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes als Ausdruck der christlichen Einsicht der Gottebenbildlichkeit des Menschen bezeichnen. Die ursprüngliche Idee der menschlichen Würde ist eine der Stoa, sie stammt aus der griechisch-römischen Antike.



v. l. n. r.: SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und Kurt Beck, Ministerpräsident Rheinland-Pfalz, Irmgard Scheer-Pontenagel, Vorsitzende des Stiftungsrats der Hermann-Scheer-Stiftung, Geschäftsführerin von EUROSOLAR e.V.

Und hier wiederholt sich das gleiche Schauspiel wie bei Platon, dem ersten Feministen. Die Stoiker fragen: Was ist das Entscheidende für die „dignitas hominis“? Die Vernunftfähigkeit, lautet ihre Antwort. Selbst Aristoteles, der die Frau dem Mann untergeordnet sah, definierte sie als „zoon nous echon“, ein Lebewesen mit Verstand und Vernunft. Wie passt es dann zusammen, dass die Frau dennoch dem Mann unterstellt ist, so wie Kinder den Eltern und Sklaven den Freien?

Die Stoiker stießen bei ihren Überlegungen zum Sklaventum auf diesen Widerspruch. Sie sagten: „Wir halten Sklaven und wissen doch, dass die dignitas hominis nicht abhängig davon ist, welche Sprache ich spreche, ob ich Mann oder Frau bin, ob ich in einem Krieg zufällig in Gefangenschaft geraten bin. Ist das gerechtfertigt?“ Die Antwort der Stoiker lautete fast unisono: Nein, Sklaverei ist nicht gerechtfertigt.

Diese Aussage fiel wohlgerne in eine Zeit und eine Kultur, die Sklaverei umfassend praktizierte. Die ganze Wirtschaft, der ganze Wohlstand der damaligen Gesellschaft hing davon ab. Es dauerte bekanntlich noch viele Jahrhunderte, bis die Sklaverei verschwand. Aber man sollte nicht denken, dass die grundlegende Erkenntnis in die Gleichheit der Menschen, in den Status, Würdeträger zu sein, als ethische Entdeckung der Stoiker keine Rolle gespielt hat.

Soziale Demokratie contra Marktradikalismus

Die Sozialdemokratie nimmt diese ethische Grundorientierung ernst: Alle Menschen haben im Kern die gleiche Freiheit und sind wechselseitig auf Solidarität angewiesen. Diese Haltung manifestiert den großen Unterschied zum Bruder im Geiste, dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Dieser steht im Kern zwar auch für Freiheit und Gleichheit. Aber dem Liberalismus genügt es, bestimmte Rechtsnormen zu etablieren. Dass der Staat die realen Bedingungen, die gesellschaftliche Praxis, für gleiche Autonomie schaffen muss, scheint aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Anders die Sozialdemokratie: Eine ihrer Grundideen ist die Frage nach den realen Voraussetzungen für gleiche Freiheit. Das sind zum Beispiel gleiche Bildungschancen, gleiche Bildungspartizipation, also staatliche Bildungsangebote, die sich an alle richten und zu denen alle gleichermaßen Zugang haben. Leider ist Deutschland aufgrund der hohen Selektivität seines Bildungswesens davon weit entfernt.

Sozialstaat und Bildung für alle sind die zweite Säule, um selbstbestimmtes Leben auch in Situationen zu ermöglichen, in denen die ökonomische Autarkie nicht mehr gegeben ist: Weil man älter ist und nicht mehr arbeiten kann, weil man arbeitslos ist und als Eltern Pflichten übernommen hat oder weil man krank ist. Der entscheidende Punkt ist, dass die Sozialdemokratie diese Grundwerte – gleiche Freiheit und gleiche Autonomie – ernst nimmt und sie zur Grundlage legitimer politischer Praxis macht.

Die Ursprungsidee stand zunächst gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse. Das 19. Jahrhundert ist von dramatischen Klassenunterschieden geprägt, seine Städte leiden unter Verelendung. Zu dieser Zeit kommt eine Bewegung auf, die sagt: Wir wollen reale Bedingungen schaffen, damit Menschen in gleicher Weise ihr Leben führen können, nach eigenen Vorstellungen, autonom, in gleicher Weise. Das galt als utopisch.

Nachhaltigkeit als gleiche Freiheit zukünftiger Generationen

Woher kam diese utopische Kraft? Aus einer ethischen Einsicht. In einen ähnlichen Kontext lässt sich der Nachhaltigkeitsbegriff stellen: Freiheit und Autonomie gelten nicht nur jeweils für die Lebenden einer Generation, sondern auch für all diejenigen, die heute noch nicht leben. Nachhaltigkeit ist die Übertragung der Werte von gleicher Freiheit, gleichem Respekt, gleicher Würde und Anerkennung auf die Generationen, genauer gesagt auf die menschlichen Individuen, von denen wir hoffen, dass sie später leben werden. Sie sollten in gleicher Weise die Möglichkeit haben, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben, ein Leben men-

schenwürdig und lebenswert zu gestalten wie wir heute. Und deswegen dürfen ihnen diese Chancen nicht verbaut werden.

Es ist das Gleiche, Menschen, die heute leben, die Chance zu nehmen, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben, wie den Menschen in 50, 70, 200 oder 400 Jahren. Nachhaltigkeit nach diesem Verständnis ist nichts anderes als die temporale Ausdehnung des ursprünglichen Konzepts: Gleiche Freiheit, gleiche Autonomie, gleicher Respekt, gleiche Anerkennung und gleiche Würde für die Generationenfolge, die vor uns liegt. Diese Idee entwickelt genau wie die ursprüngliche Erkenntnis der Gleichheit von Mann und Frau bei Platon oder von Sklaven und Freien bei den Stoikern eine Eigendynamik. Denn sie delegitimiert eine Praxis, an der wir teilhaben und viele auch profitieren, vielleicht sogar alle teilweise profitieren. Sie delegitimiert diese Praxis und bereitet den Boden für eine legitime ethisch begründete politische Praxis.

Überwindung des Anthropozentrismus

Man kann nun einen Schritt weiter gehen und sich die Frage stellen: Gilt dieses Prinzip nur für Menschen? Als die Türkei ein Gesetz zum Tierschutz entwarf, galt das deutsche Tierschutzgesetz als Vorbild. Man wollte es ins türkische Recht übernehmen. Im Zuge dieser Überlegungen kamen die Fragen auf: Was sind die ethischen Grundlagen? Worin besteht der Zusammenhang mit der Verfassung? Die Forschungsfreiheit in Artikel 5 des Grundgesetzes ist beispielsweise zwar Teil der normativen Ordnung, auf der das gesamte Recht und die Politik ruhen. Aber Rücksichtnahme gegenüber Lebewesen, die nicht Menschen sind, zählt nicht dazu. Obwohl die Tierschutznormen das beinhalten.

Tiere sind keine Sachen. Deswegen spricht vieles dafür, die rein anthropozentrische Sicht aufzugeben und einen weiteren Nachhaltigkeitsbegriff zu schaffen, der besagt: Es geht in erster Linie um menschliche Individuen und deren Möglichkeiten, ein Leben nach eigenen Vorstellungen zu leben – aber nicht ausschließlich.

Die Rücksichtnahme auf die Bedingungen des Lebens auf diesem Planeten greift weiter. Denn der ganze Rest der gelebten Natur ist nicht nur Instrument zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung.

Politik und Ethos der Nachhaltigkeit

Zum Schluss blicken wir auf zwei weitere Aspekte des Nachhaltigkeitsbegriffs: Politik der Nachhaltigkeit und Ethos der Nachhaltigkeit. Noch einmal zu dem entscheidenden Unterschied zwischen dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts und der Sozialdemokratie: Es gibt eine staatliche Verpflichtung, die Bedingungen zu schaffen, die gleiche Freiheit, gleiche Autonomie ermöglichen, also Bildungsstaat und Sozialstaat. Es genügt nicht, dass sich jeder um sich selbst kümmern darf und gewisse Rechte hat. Es gibt eine Garantenstellung staatlicher Institutionen. Etwas systematischer analysiert, lässt es sich auch so formulieren: Die Differenz zwischen Sozialdemokratie und 19.-Jahrhundert-Liberalismus ist, dass wir nicht allein den Prozessen der unsichtbaren Hand des Marktes vertrauen. Der Markt ist wichtig, die Konkurrenz auf diesen Märkten ist wichtig. Und – soweit kann man gehen – das Interesse, sein Kapital zu vermehren, ist unverzichtbar.

Aber den Markt zeichnen drei fundamentale Dinge aus: Er ist nicht in der Lage kollektive Güter im zureichenden Maße bereitzustellen. Das hängt damit zusammen, dass nur die Güter effizient auf Märkten zu handeln sind, die jeweils individuell nachgefragt werden können. Was wäre die Folge, wenn öffentliche Infrastruktur nach Marktgesetzen bereitgestellt würde? Jeder könnte sich überlegen, was er möchte, was er zu zahlen bereit ist. Die Folge wäre ein völliges Chaos. Öffentliche Infrastruktur, Bildungsgüter, die für alle zugänglich sind, und auch Umweltstandards sind Güter, die der Markt aus sich heraus nicht bereitstellen kann.

Es gibt eine mächtige Denkbewegung, die das Gegenteil postuliert. Sie sagt: Da wo nicht Markt ist, kann ja noch Markt werden. Man muss die Dinge eben umdefinieren, um sie marktgängig zu machen. Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Bildungs-

wesens sind auf diese Weise in manchen Ländern auf der Welt sehr weit vorangeschritten. Aber auch im Energiemarkt gibt es Beispiele, etwa die Überführung der politischen und gesetzlichen Implikationen des energetischen Imperativs in Märkte, auf denen mit Emissionsrechten gehandelt wird.

Inzwischen zeigen einige interessante empirische Studien, dass reine Marktstrategien der Nachhaltigkeit versagen. Am Ende verändern sie die Strukturen nicht grundlegend, beinhalten aber das Risiko, dass die Steuerung dieser Prozesse durch die Menschen selbst das zivilgesellschaftliche Fundament unterminiert und am Ende alles auf anonyme Marktprozesse delegiert wird.

Diese Mechanismen aufzudecken, war ein wichtiges Anliegen von Hermann Scheer. Er war überzeugt, dass die Marktgläubigkeit nicht der Königsweg sein kann, um dem „energetischen Imperativ“ gerecht zu werden. Auf diese Weise, wusste Scheer, lässt sich die Menschheitsaufgabe des Solarzeitalters, so früh wie möglich auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen, nicht bewältigen.

Ohne ein Ethos der Nachhaltigkeit, das sich in den Konsument-scheidungen der Einzelnen niederschlägt, ohne die Bereitschaft ökologieverträgliche Lebensformen zu etablieren, ohne das vielfältige Engagement der Zivilgesellschaft ist die Politik auf sich gestellt ohnmächtig. Ohne die politische Gestaltung der institutionellen und gesetzlichen Bedingungen wäre die lebensweltliche Praxis labil und wenig effektiv. Politik und Ethos der Nachhaltigkeit müssen sich wechselseitig klug ergänzen, Wissenschaft und Gesetzgebung kooperieren.

Hermann Scheer gehörte zu den Wenigen, die mit scharfem Verstand zwischen Wissenschaft und Politik vermitteln konnten.

EIN BILD DER ZUKUNFT ALS WEGWEISER FÜR DIE GEGENWART

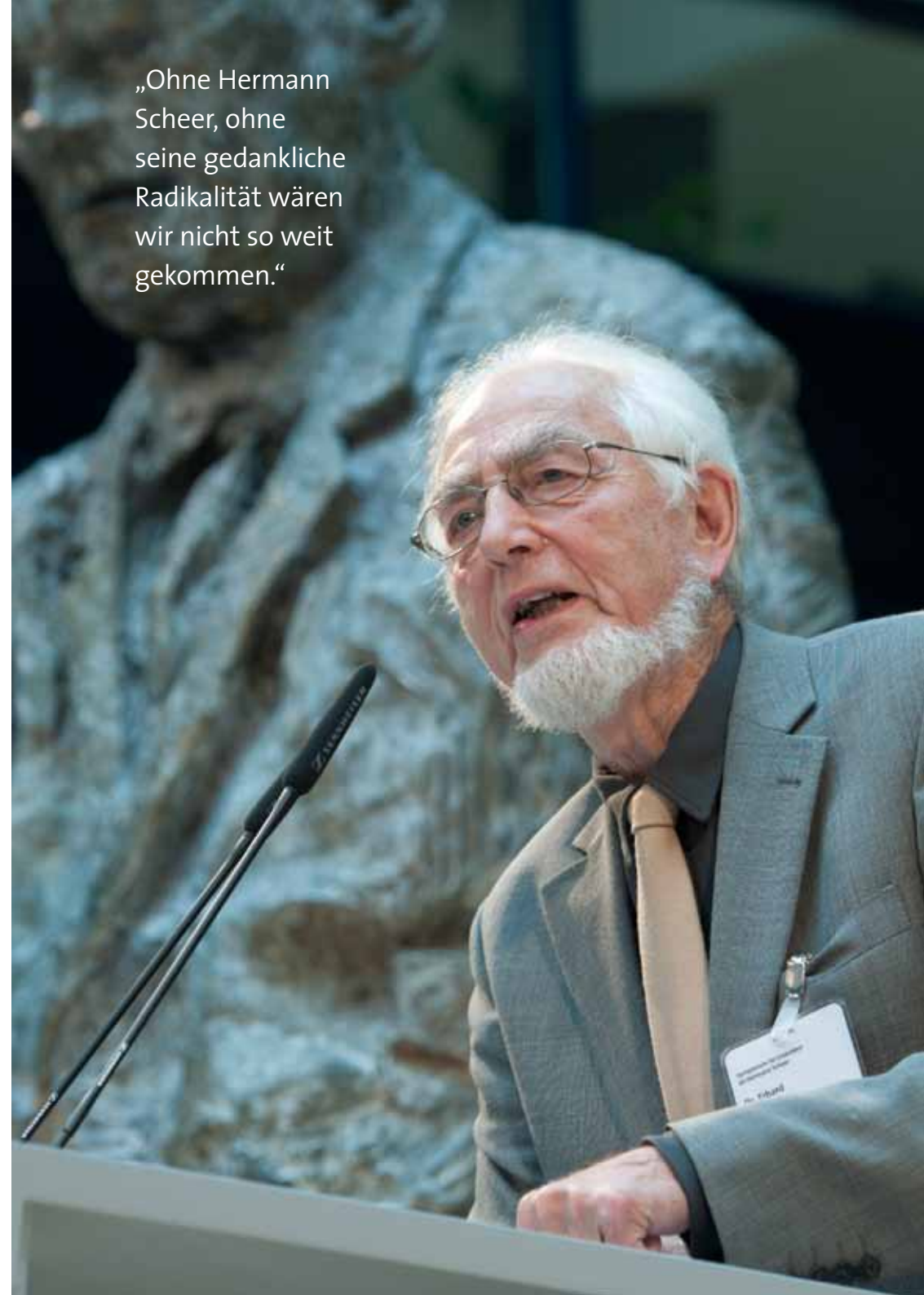
Dr. Erhard Eppler

In Sachbüchern kommt das Wörtchen „ich“ selten vor. Aber da, wo es vorkommt, liegt der Schlüssel zum Verständnis. Das gilt auch für Hermann Scheer und sein letztes Werk „Der Energethische Imperativ“, erschienen wenige Wochen vor seinem Tod. Hermann Scheer musste noch erleben, wie eine deutsche Regierung den Ausstieg aus dem Ausstieg probte, aber konnte nicht mehr erleben, wie – nach Fukushima – der Deutsche Bundestag im Konsens den beschleunigten Ausstieg beschloss.

Am Schluss der Einleitung zu diesem, seinem letzten Buch, das er als „Navigationshilfe für Durchbruchsstrategien“ verstanden wissen will, bekennt Scheer: *„Mein Ausgangspunkt sind nicht die Erneuerbaren Energien, sondern ist die Gesellschaft – aus der Erkenntnis, welche elementare Bedeutung der Energiewechsel für deren Zukunftsfähigkeit hat. Ich bin nicht von den Erneuerbaren Energien zur Politik für diese gekommen, sondern aus meiner Problemsicht und von meinem Verständnis politischer Verantwortung zu den Erneuerbaren Energien. Der Wechsel zu Erneuerbaren Energien hat eine zivilisationsgeschichtliche Bedeutung. Deshalb müssen wir wissen, wie wir ihn beschleunigen können. Knapp sind nicht die Erneuerbaren Energien, knapp ist die Zeit.“*¹

¹ Der Energethische Imperativ, Seite 27/28

„Ohne Hermann Scheer, ohne seine gedankliche Radikalität wären wir nicht so weit gekommen.“



Ein durch und durch politischer Mensch

Scheer hätte auch schreiben können: „Ich bin kein Fan einer neuen Technik, erst recht kein Technokrat. Ich bin ein durch und durch politischer Mensch, der sich Sorgen macht um seine Gesellschaft und ihre Zukunft. Deshalb ist dieses Buch auch einem sechsjährigen Kind gewidmet.“

Doch weil Hermann Scheer ein politischer Mensch war, fragte er, welche Interessen für und gegen den Umstieg auf Erneuerbare Energien zu mobilisieren wären. Und er befand, dass eine dezentrale Erzeugung von Energie notwendig mit den Interessen – und der Macht – der Energieriesen zusammenprallen musste, die von wenigen Zentralen aus das Land mit Strom oder Öl versorgten. Er setzte daher von Anfang an auf die vielen wachen Bürgerinnen und Bürger, die täglich vom drohenden Klimawandel und alle paar Jahre von gescheiterten Klimakonferenzen erfuhren. Deshalb hatte er in einem Buch nach dem anderen für die Energie geworben, die direkt oder indirekt von der Sonne kommt. Deshalb hatte er der ersten rot-grünen Bundesregierung jenes Gesetz über die Erneuerbaren Energien abgerungen, das inzwischen zum Exportschlager geworden ist, weil es nicht auf irgendwelche Behörden setzt, sondern auf die Hauslebauer, die sich ausrechnen können, was die Solaranlage auf dem Dach kostet und was sie einbringt. Und auf die Kommunen, die rasch begreifen, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energien ihnen endlich die Chance bietet, sich aus der Abhängigkeit von den Konzernen zu lösen.

Schließlich war Hermann Scheer auch Ökonom. Er hielt wenig von Eingriffen einer Bürokratie in das Marktgeschehen, aber sehr viel von der Pflicht des Staates, den Märkten den Rahmen zu zimmern, der einerseits den Marktteilnehmern volle Freiheit der Entscheidung lässt und garantiert, sie andererseits aber anhält, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Scheer hielt nichts von den Marktradikalen, die davon träumten, dass sich die Märkte selbst regulieren, aber genauso wenig von denen, die meinten, ein Oberregierungsrat in einer Behörde wisse besser als ein Un-



ternehmer, was und wie zu investieren sei. Der Gesetzgeber müsse nur den Vorrang der Erneuerbaren Energien festschreiben, das Übrige sollten freie Bürgerinnen und Bürger selbst erledigen, war Scheer überzeugt. Und genauso ist es im Erneuerbare-Energien-Gesetz angelegt.

Wachstum und Wettbewerb neu definieren

Hermann Scheer ließ sich nicht entmutigen vom Scheitern der Klimakonferenzen. Er war der Meinung, nahezu 200 Staaten hätten so verschiedene Interessen, dass sie sich niemals auf etwas einigen könnten, was der raschen Energiewende dient. Stattdessen setzte er auf den Wettbewerb der Staaten, auf solche, die vordreschten und andere nachzogen. Er hielt auch nichts vom Handel mit Zertifikaten für den Ausstoß von Kohlendioxid. Dieser führe nur zu einem Nullsummenspiel, befand er: Wenn ein Land Treibhausgas einspart, kann sich ein anderes die Erlaubnis kaufen, das Gegenteil zu tun. Es könnte durchaus sein, dass Historiker diese Methode des Klimaschutzes dereinst als Produkt einer extrem marktgläubigen Epoche einstufen. Weil Hermann Scheer politisch dachte, warnte er vor dem, was er den „Scheinkonsens“

nannte. Vielleicht hätte er auch das, was bald nach seinem Tod im Bundestag beschlossen wurde, so eingeordnet. Zumindest würde er jetzt sicher warnen vor der „Allianz der Aufschieber“, vor denen, die vorgeben, jene „Brücken“ zum Zeitalter der Erneuerbaren Energien zu bauen, die er für überflüssig hielt. In dem Maße, wie die neuen Energieträger sich durchsetzen, so kalkulierte er, werden die alten überflüssig. Scheer wollte einen „Systemwechsel“, hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien. Dieses Ziel zu erreichen ist möglich, sagte er, auch ohne langwierige Großprojekte wie Desertec oder Offshore-Windparks, die doch wieder zu einer zentral gesteuerten Energieversorgung führen.

Für Scheer mussten die Erneuerbaren Energien auch der Wachstumsdebatte eine neue Richtung geben: *„Wirtschaftliches Wachstum wird mit Umwelterhaltung und Naturwachstum verknüpft – und damit mit dem einzigen tatsächlichen Wachstumsvorgang auf der Erde: dem von der Sonne bewirkten.“*² Plötzlich bekommt der Begriff Wachstum einen neuen Sinn.

Die Demokratisierung von Energie

Als politischer Mensch dachte Scheer weit über die nationalen Grenzen hinaus. Erneuerbare Energien waren für ihn die große Chance der Entwicklungsländer. *„Ihre Energietragödie begann damit, dass die zentralisierte Struktur der Energieversorgung ... in die Entwicklungsländer implantiert wurde.“*³ Zum einen mussten die meisten armen Länder ihre kostbaren Devisen für Ölimporte ausgeben. Außerdem erreichte die Energieversorgung nur die großen Städte, nicht die Mehrheit der Menschen auf dem Land. Mit Erneuerbaren Energien lässt sich das flache Land sogar besser versorgen als die Megastädte.

Vom Desertec-Projekt sagte Scheer einmal, dieses Projekt sei technokratisch konzipiert, „unter Außerachtlassung aller soziologischen Faktoren.“ Und auf diese „soziologischen Faktoren“, die für ihn eine eigene „Soziologik“ bilden, kam es ihm an. Eine Gesellschaft, die auf dezentral gewonnene Erneuerbare Energien

angewiesen ist, sieht anders aus: Sie ist freier, gleicher, gerechter und – weil sie gemeinsames Handeln, etwa in Genossenschaften braucht – auch solidarischer als eine, in der die Lobbyisten der Öl- und Elektrogiganten in den Wirtschaftsministerien ein- und ausgehen. Menschen werden selbständiger, selbstbewusster, aber auch bereit zur Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten und Gleichberechtigten. Die Gemeinden werden wichtiger, aktiver, verbinden sich untereinander. Aus einer „passiven Energiegesellschaft“ wird eine aktive. Und das alles macht die Gesellschaft demokratischer. Scheer benutzte dabei den Begriff der „Emanzipation“. Und Emanzipationen geschehen nun einmal von unten nach oben, nicht umgekehrt. Die Erneuerbaren Energien sind „Systembrecher“, und um ein System zu brechen, bedarf es einer „Revolution“. Auch diesen Begriff nutzte er.

Ein revolutionäres Konzept

Der Amerikaner Jeremy Rifkin hat 2011, ohne Scheer zu erwähnen, dessen Gedanken in einem Buch fortgeführt, dem er den Titel „Die dritte industrielle Revolution“ gab. Dort ist zu lesen: *„Die Demokratisierung von Energie hat tiefgreifende Implikationen für die Art und Weise, wie wir in diesem Jahrhundert unser Leben an sich orchestrieren.“*⁴ Rifkin, der Deutschland und seine föderale Geschichte gut kennt, fügt hinzu: *„Das dezentrale, kooperative Konzept der dritten industriellen Revolution passt in die deutsche Politik.“* Man könnte anfügen: „Wo sie auch konzipiert wurde.“

Selten erreicht ein Politiker – sei es zu seiner Lebenszeit oder später – genau das, was er ursprünglich wollte. Dazu ist die Welt zu kompliziert, dazu sind die politischen Kräfte zu vielfältig. So wird man in zwanzig Jahren auch nicht feststellen können: Es ist alles so gelaufen, wie Hermann Scheer es wollte. Aber eines wird man sicher sagen können. Ohne Hermann Scheer, ohne seine gedankliche Radikalität wären wir nicht so weit gekommen.

² Der Energetische Imperativ, Seite 204, ³ Der Energetische Imperativ, Seite 217

⁴ Die dritte industrielle Revolution, Seite 135

„Hermann Scheer wusste um diese Wertesynthese: ,Erneuerbare Energien in zunehmend autonomer und demokratisch gestaltbarer Bereitstellung ermöglichen ungeahnte Wertesynthesen.““



ENERGIEWENDE – SCHRITTE IN EINE ENERGETISCHE SOLIDARITÄT

Dr. Harry Lehmann, Leitung Fachbereich I Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien, Umweltbundesamt

30 Prozent, 50 Prozent, 100 Prozent Erneuerbare Energien in Deutschland? An dieser Vision hat Hermann Scheer schon vor Jahrzehnten gearbeitet. Kennengelernt haben wir uns durch die Arbeit bei den Jungsozialisten, dort bastelten wir gemeinsam an Zukunftsideen. Mitte der 1980er Jahre haben wir dann – ziemlich wahnwitzig – in einem Arbeitskreis der Jusos behauptet, 2030 würde Deutschland 30 Prozent weniger Energie verbrauchen als im Jahr 1990 und 30 Prozent seiner Energie aus Erneuerbaren beziehen. Beides ist nicht eingetreten. Die Energieeffizienz ließ sich nicht so erfolgreich umsetzen wie erhofft. Bei den Erneuerbaren Energien ging die Entwicklung dagegen viel schneller als gedacht.

Eine hitzige Diskussion zwischen Stephan Kohler – heute Chef der Deutschen Energie-Agentur – Hermann Scheer und mir war der Auslöser, dass Hermann mich bei der Gründung von EUROSOLAR mit in den Vorstand einlud. Auch verschiedene Dinge, die wir in der SPD anstießen, hallen bis heute nach.

Ein Beispiel: In den 1990er Jahren – ich war seinerzeit Abteilungsleiter am Wuppertal-Institut – schrieben wir ein Papier wie in

Nordrhein-Westfalen, der Kohleausstieg gelingen kann, noch in den 1990er Jahren. SPD-Ministerpräsident Johannes Rau hielt seine schützende Hand über das Wuppertal-Institut. Er sagte: „Wir dürfen uns in Nordrhein-Westfalen als großes Land zwei Dinge leisten: Kultur, Pina Bausch, und die Vordenker des Wuppertal-Instituts.“ Genau zu dieser Vordenker-Generation zählte auch Hermann Scheer.

Transkontinental, regional oder lokal autark

Von „Szenarien“ zu unserer künftigen Energieversorgung ist seit damals sehr viel die Rede. Aktuell erleben sie einen regelrechten Höhenflug. Die Grundfragen bleiben dabei immer gleich: Was können wir bis 2050 erreichen? Welche politischen Entscheidungen müssen dazu getroffen werden?

Wir wissen inzwischen längst: 100 Prozent Erneuerbare Energien im Jahr 2050 sind machbar, in Deutschland wie in Europa. Aber welche 100 Prozent sind gemeint? Kommt die Energie aus dezentraler oder zentraler Erzeugung, wird sie regional oder international bereitgestellt?

Desertec – Energie aus Wind und Sonne in Nordafrika erzeugt, exportiert in die ganze Welt – wäre eine Option. Sie bildet das eine Extrem möglichster Varianten. Das Desertec-Konzept ist nicht neu, seit den 1970er Jahren wird es regelmäßig alle paar Jahre öffentlich diskutiert. Ich selbst habe einmal geglaubt, das sei die Zukunft und einiges dazu geschrieben. Grundsätzlich ist es möglich mit einer solchen Großtechnik und über internationale Kooperationen Europa, China, Japan binnen weniger Jahrzehnte mit genügend Erneuerbaren Energien zu versorgen. Wasserstoff, Methan und Kraftstoffe ließen sich herstellen. Es ist eine großtechnische Lösung, die technologisch, ökologisch wie ökonomisch umsetzbar wäre.

Gegenpol zu Desertec ist das Konzept der lokalen Energieautarkie. Vollständig energieautarke Häuser sind heute Stand der Tech-

nik. Häuser, die über ein Jahresmittel mehr Energie produzieren als sie selbst brauchen, ausgestattet mit kleinen Blockheizkraftwerken, Wasserstoff-Speichern, Brennstoffzellen, Photovoltaik auf dem Dach und einiges mehr. Technologisch, ökologisch und ökonomisch ließe sich diese Variante einer lokalen Energieversorgung ebenfalls umsetzen.

Zwischen beiden Extremen liegt das „Regionen-Modell“. Hier entwickeln Länder, landwirtschaftlich geprägte Gebiete und Großstädte gemeinsam mit ihrem jeweiligen Umland ein Energiekonzept. Verschiedene Regionen untereinander gleichen Unterversorgung in der einen durch Überschüsse in der anderen aus. Sie weben ein vermaschtes Netz, nutzen große und kleine Speicher, verschiedene Technologien.

Für alle drei Wege gibt es heute die technischen Lösungen, sie müssen nicht eigens erdacht werden. Alle drei Wege sind auch unter ökologischen Rahmenbedingungen wie Naturschutz und Lärmschutz machbar. Mit dem Regionen-Modell oder dem Autarkie-Modell könnte sich Deutschland sogar theoretisch selbst versorgen. Die Potenziale sind da. Ob diese Ansätze allerdings Sinn machen, ist eine andere Frage.

Ressourcen sind der limitierende Faktor

Wir müssen uns für eins der drei Szenarien entscheiden. Dazu müssen wir uns fragen: Was sind die beschränkenden, die Politik und Gesellschaft beeinflussenden Faktoren aller Varianten?

Der erste und entscheidende Faktor sind die Ressourcen. Je nach Strategie sind bestimmte Stoffe notwendig. Für die lokale Lösung braucht es große Mengen der sogenannten seltenen Erden. Gibt es davon genug, um ein solches Szenario europaweit zu realisieren? Diese Frage lässt sich bis heute nicht wissenschaftlich beantworten, sie muss aber offen gestellt werden. Beim Desertec-Szenario stellen sich Sicherheitsfragen. Ist eine internationale Kooperation in dieser Hinsicht und mit Blick auf die Versorgungs-



v. l. n. r.: Sigmar Gabriel, Kurt Beck, Irmgard Scheer-Pontenagel, Nina Scheer

sicherheit zu verantworten? Bei der regionalen Lösung stellt sich wiederum die Frage, ob es für dessen Umsetzung genügend Flächen zur Energieerzeugung gibt, gerade im Bereich Biomasse.

Für alle drei Varianten gilt: Die wirklich limitierenden Faktoren sind in den Bereichen Ressourcen, Fläche und Wasser zu suchen. Es geht also weniger darum, ob wir genügend Energie haben, sondern ob genug Kupfer, Lithium oder andere wichtige Rohstoffe zur Verfügung stehen. Zieht man alle Faktoren in Betracht, fokussieren sich die Szenarien – unter Beachtung der Ressourceneffizienz – auf das Regionen-Modell. Denn hier lässt sich vorhandene Infrastruktur nutzen. Warum etwas Neues aufbauen, wenn die Infrastruktur von Kommunen, Regionen, das Strom- und Gasnetz in die künftige erneuerbare Energieversorgung integriert werden können?

Zehn Jahre Zeit für eine Entscheidung

Die Vor- und Nachteile dieser drei Archetypen müssen heute diskutiert werden. Dank Vordenkern wie Hermann Scheer und anderen gibt es überhaupt die glückliche Situation, Freiheit zu haben über die gesellschaftliche, energetische Zukunft Deutschlands und Europas zu diskutieren. Dennoch muss innerhalb des nächsten Jahrzehnts die Entscheidung fallen, welches der drei angesprochenen Zukunftsmodelle wir haben wollen und welches nicht.

Die bisherigen politischen Entscheidungen, etwa zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, haben noch kein sogenanntes Lock-in ausgelöst. Das heißt: Es ist keine Situation entstanden, die ein bestimmtes Handeln erzwingt. Diese Chance, in Freiheit zu entscheiden und zu diskutieren, sollten wir nutzen.

Aus gesellschaftlicher Perspektive stellen sich folgende Fragen: Sollen Monopole vermieden werden? Welche Rolle spielt hohe Versorgungssicherheit? Soll möglichst wenig Kapitalbindung im großen Maßstab stattfinden? Werden alle drei Fragen mit ‚Ja‘ be-

antwortet, dann verbieten sich große internationale Kooperationen. Natürlich wird künftig Strom von Nordspanien in andere Teile Europas fließen, natürlich bekommen die Speicher in Norwegen ähnlich wie die Schweizer Wasserspeicher eine Kernfunktion. Aber: Ein zentrales System mit einem bisschen Dezentralität wird nicht funktionieren.

Andererseits könnte der Fokus auf zu große Dezentralität, den Egoismus jedes Einzelnen fördern und die Chancen der energetischen Solidarität verspielen. Durch das Zusammenwirken von Land und Stadt käme es dagegen zu einer energetischen Solidarität und damit zu einem optimaleren System.

Aus gesellschaftlicher Sicht sollte also Solidarität im Fokus stehen – und demzufolge der Aufbau einer Versorgung von Regionen und Kommunen. Deutschland ist hier bereits auf einem ganz guten Weg, könnte in den kommenden zehn Jahren viel erreichen. Und die Regionen sind viel weiter voraus als die meisten wissen. Mittlerweile leben 18 Prozent der Bevölkerung in sogenannten 100-Prozent-Regionen mit ambitionierten Zielen zu Erneuerbaren-Ausbau und Klimaschutz.

Diese Regionen, viele Städte inbegriffen, umfassen mit Stand heute bereits 20 Prozent der bundesdeutschen Fläche. Hier haben sich die Bürger zusammengetan mit den kommunalen Entscheidern, mit den Stadtwerken und haben gesagt: „Wir wollen 100 Prozent erreichen – mit allen Vor- und Nachteilen.“

Neue Beteiligungsmodelle finden

Der Regionenweg bedeutet zugleich, dass die Energieversorgung näher an den Bürger heranrückt – im Guten wie im Schlechten. Deshalb wird die Frage der Bürgerbeteiligung in den nächsten zehn Jahren eines der dominierenden Themen. Man muss die Bürger schon jetzt mitnehmen, ihnen erklären, warum der Ausbau von Photovoltaik oder Biomasse notwendig sind. Es ist wissenschaftlich erwiesen: Bürger, die früh einbezogen sind, haben

das Gefühl, dass alle in einer Region die gleiche Belastung tragen und dass sie persönlich von der Entwicklung profitieren. Aus dieser Haltung heraus sind sie auch bereit, sich mit Energieeffizienz zu befassen, im Garten oder auf dem eigenen Dach erneuerbare Energie zu nutzen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz – eng mit Hermann Scheer verbunden – ist genau so ein Weg, die Bürger mitzunehmen, in Form von Bürgerbeteiligungsmodellen für Projekte. Die Gegenbeispiele zeigen es immer wieder: Es gibt Gemeinden, in denen die Bürger gegen Windenergieanlagen klagen, die neben den Windenergieanlagen stehen, die ihnen selbst gehören – nur weil sie an den anderen Projekten nicht beteiligt sind.

Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Hebel, um den menschlichen Egoismus auszuschalten. Wenn bei jeder Drehung eines Windrads Geld auf das eigene Konto fließt, ist die Akzeptanz größer. In jeder Region muss das Gefühl entstehen, dass alle Teil dieses Prozesses sind. Es braucht dazu allerdings neue Methoden, die Bürger in vielerlei Form zu beteiligen – intellektuell, in Entscheidungsprozessen und monetär.

Soll sich dieser Wandel vollziehen, müssen wir auch anfangen, unsere Denkmuster zu verändern. Denn die sind vom fossilen Zeitalter geprägt. Wir freuen uns, wenn eine Photovoltaikanlage zwei Prozent mehr Wirkungsgrad erreicht. Doch ist das wirklich so wichtig? In einem Zeitalter, in dem der eigentliche Engpass die Ressourcen sein werden, sind 13, 14 oder 15 Prozent Wirkungsgrad nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob das gesamte System ausreicht, die nötige Energieversorgung zu sichern. Wir denken immer noch, dass mit allem so sparsam umzugehen ist wie mit fossilen Energien. Aber Sonne ist nicht sparsam, sie ist permanent da. Die Frage der Effizienz bekommt im Solarzeitalter eine ganz andere Bedeutung als im fossilen Zeitalter. Wichtig sind Ressourceneffizienz und die Flächeneffizienz, nicht ob sich zwölf oder 13 Prozent aus einem bestimmten Gerät herausholen lassen.



Energie wird es künftig im Überschuss geben. Warum? Das neue System richtet sich danach aus, dass es am schlimmsten Tag – kein Wind weht, die Sonne scheint nicht – funktioniert. Die Überschüsse sind kein Nachteil des Systems, sie sind systemimmanent, weil es zu bestimmten Zeitpunkten eine Vollversorgung liefern muss.

Das EEG muss fortentwickelt werden, um unter diesen Voraussetzungen bestehen zu können. Das Gesetz ist ein Garant für den dezentralen Charakter und die Bürgerbeteiligung beim Umbau der Energieversorgung. Sollen nicht nur große Kapitalnehmer das Spiel dominieren, muss das EEG auch dann in Kraft bleiben, wenn die bezahlten Beträge deutlich unter dem liegen, was wir heute haben – schlicht deswegen, weil kleine Investoren sonst keine Bank finden, die ihre Projekte finanzieren.

Wärme und Gebäude in das Szenario einbeziehen

In der Debatte um die Energieversorgung der Zukunft wird meist über Strom gesprochen. „Gebäude“ und Wärmeversorgung ste-

hen nicht so im Fokus, obwohl sie genauso wichtig sind. Gebäude sind nicht nur unter dem Verbrauchsgesichtspunkt zu sehen, sie sind auch Teil des dezentralen Energiekonzepts: Gebäudegruppen, die gemeinsam mit einem Blockheizkraftwerk ihre Wärmeversorgung, ihre Kälteversorgung erzeugen und Teil des elektrischen Netzes sind. Gebäude dürfen nicht nur als Sanierungsobjekte gesehen werden. Es braucht eine offensive Politik, die Gebäude, Siedlungen, ganze Stadtteile in die künftige Energieversorgung einfügt und miteinander vernetzt.

Dabei geht es um mehr als das schlaue Ablesen von Zählern. Es geht um das Vernetzen von Energiedienstleistungen, von Energieversorgern, von Speichern und nicht zuletzt der Bewusstheit von Menschen, die dann sparsamer mit Energie umgehen.

Auch für die Frage des Netzausbaus ist dies entscheidend. Wie viel überregionaler Netzausbau ist nötig, wenn ein großer Teil der Versorgung vor Ort gelöst ist? Über einen phantasievollen Plan eines solchen Netzausbaus werden auch Wissenschaftler noch viel zu diskutieren haben.

Intelligente Technologien entwickeln

Bis 2050 soll die große Transformation der Energieversorgung vollzogen sein. Die vielen Ingenieure und Architekten hierzulande sollen diesen Umbau gestalten. Nur wissen viele gar nicht, was genau sie tun sollen weil sie es in Ihrer Ausbildung nicht gelernt haben. Handwerker, Heizungsinstallateure, die den Menschen den energetischen Umbau erklären und verkaufen können, sind ebenfalls Mangelware.

Damit die Transformation gelingen kann, muss vom Ingenieur bis zum Lehrer deutlich mehr ausgebildet werden. Fortbildung, Fortbildung und noch einmal Fortbildung sind nötig. Das gilt für Forschung und Entwicklung ebenso. Wir können nicht bei dem schon Erreichten stehenbleiben.

Das Regionen-Szenario ließe sich zwar mit den Techniken realisieren, die heute bekannt oder auf dem Markt sind und an denen geforscht wird. Aber die Entwicklung der Eisenbahn endete schließlich auch nicht mit der Erfindung der Diesellok. Forschung und Entwicklung sind entscheidend: Deutschland mit seinen 300.000 bis 500.000 Arbeitsplätzen in der Erneuerbaren-Wirtschaft kann auf dem Weltmarkt nur bestehen, wenn es vorneweg läuft, wenn es die maßgeblichen Technologien vorantreibt. Sonst könnten wichtige Absatzmärkte verloren gehen. Das heißt auch: Die deutsche Industrie muss die intelligenten Märkte wie Klebstoffe, Software, Inverter besetzen, Dinge, die nicht beliebig in Masse produzierbar sind, um die Arbeitsplätze in dieser Branche zu behalten und auszubauen.

Mit zwei Fragen werde ich bei Vorträgen außerhalb Deutschlands konfrontiert. Erstens: „Wieso seid ihr Deutschen auf die verrückte Idee gekommen, aus der Atomenergie auszusteigen?“ Zweitens: „Wieso wollt ihr so unbedingt auf 100 Prozent Erneuerbare umstellen?“

Viele sehen Deutschland als ein Land, das etwas ganz Neues probiert. Die USA oder Australien haben bisher wenig davon wahrgenommen und wundern sich über den Atomausstieg wie die 100-Prozent-Bewegung. Wir haben damit auch eine Verantwortung, diesen Weg gut zu gehen, weil wir diejenigen sind, die diesen Weg begonnen haben. Wenn wir stolpern, dann könnten andere noch viel schlimmer ins Straucheln geraten. Wir tragen also eine doppelte Verantwortung. Wir haben unseren Weg zu gehen und anderen zu zeigen, dass sie ihren eigenen Weg finden können. In Südamerika wird er anders aussehen als in Toronto oder Südaustralien.

Willy Brandt hat viel über Entwicklungsländer und unsere Verpflichtung zur Solidarität geschrieben. Denn wer anders als die europäischen Länder, als Deutschland kann es sich leisten, Technologien in den Markt einzuführen, die dann in den Entwick-

lungsländern und von den Menschen dort genutzt werden können? Die Netzparität bei Photovoltaik ist fast erreicht. Aber das hat nichts damit zu tun, dass wir auf die Entwicklungsländer gewartet haben. Die Technologie wurde hierzulande entwickelt, hier ist die sogenannte Lernkurve durchlaufen worden. Das ist gelebte energetische Solidarität. Nun kann in den Anden, in Indien oder anderen Ecken der Welt eine dezentrale Energieversorgung entstehen, die das Drittel der Menschheit versorgt, die bislang keinen Zugang zu Strom haben.

Hermann Scheer wusste um diese Wertesynthese: „Erneuerbare Energien in zunehmend autonomer und demokratisch gestaltbarer Bereitstellung ermöglichen ungeahnte Wertesynthesen. Zwischen Individualismus und Gemeinwohl, dem klassischen Grundthema der Philosophie, weil ihre autonome Nutzung die individuelle Freiheit erweitert und andere Menschen nicht belastet. Zwischen ideellen und materiellen Werten – weil es möglich wird, die materiellen Interessen der Menschen ohne gesellschaftliche oder Naturschäden zu befriedigen und zu einer ökologischen Ökonomie zu kommen.“

Er hatte recht. Und so ist das Gedenken an Hermann Scheer auch ein Denken an die Zukunft und ein Schreiten in die Zukunft. Eine Zukunft der regionalen und globalen energetischen Solidarität. Lasst uns diesen Weg gemeinsam beschreiten.

OHNE LÄNDER KEINE ENERGIEWENDE

*Margit Conrad, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und für Europa*

Im Zentrum der energiepolitischen Debatte, wie sie Hermann Scheer führte, stand von Beginn an die Frage: Was ist unter einer echten Energiewende zu verstehen? Bitte gestatten Sie mir, dass ich auf diese Frage ein bisschen akzentuiert eingehe. Ich möchte darauf nicht nur in meiner offiziellen Funktion als Mitglied des Kabinetts in Rheinland-Pfalz und heute als Bevollmächtigte des Landes beim Bund und für Europa antworten. Vielmehr weil mich persönlich mit Hermann Scheer viel verbindet, ebenso wie mit der Anti-Atomkraftbewegung und der „umsetzenden“ Bewegungen der Erneuerbaren Energien. Zu diesem Symposium heute sind zahlreiche Weggefährten, Mitstreiter und Mitstreiterinnen, aber auch jene, die tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes mit Hermann gestritten haben, gekommen. Ich habe mich sehr gefreut Luciana Castellina noch einmal hier zu sehen. Wir sind uns 1998 begegnet bei einer gemeinsamen Reise mit Hermann Scheer nach Italien, nach Rom, als ich die Ehre hatte, dort bei der Gründung von EUROSOLAR Italien mitwirken zu können.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestags, von 1987 bis 1990, war ich eine Kollegin von Hermann Scheer. In dieser Zeit haben

„Realistisch ist der
radikale Ansatz‘ –
hat Hermann Scheer
einmal gesagt.“



wir das 1.000-Dächer-Programm für Photovoltaik beschlossen, das erste Förderprogramm für diese Technologie überhaupt. Dem folgten das 100.000-Dächer-Programm und wesentliche systemische und systemisch wirkende Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei Verabschiedung dieser Gesetze war ich bereits Bürgermeisterin in einer Großstadt und begleitete die Politik von Hermann Scheer, aber auch der Solarbewegung, die Gründung von EUROSOLAR, mit der Stadt Saarbrücken und den Stadtwerken.

Diese Erfahrungen haben mich inhaltlich und menschlich sehr eng mit Hermann Scheer verbunden. Sie zeigen zugleich, dass die Energiewende weit mehr ist als ein rein technologisch oder rechtlich zu vollziehendes Vorhaben.

Trotz Atomausstieg keine echte Energiewende im Bund

Es ist schmerzlich, dass Hermann Scheer nicht zumindest einen Teil des Erfolges, den Atomausstieg des Jahres 2011, mitfeiern konnte. Es ist eine historische Entscheidung, die Mut macht, nach all den Kämpfen auf der Straße, in den Gremien, in den Parlamenten. Sie kann mit Stolz und Selbstbewusstsein von der gesamten Bewegung angenommen werden. Der Wert dieser Entscheidung steht außer Frage.

Nur: Weil der Atomausstieg politisch beschlossen ist, können wir die Energiewende insgesamt keineswegs als politisch abgesichert betrachten. Wir haben zwar einen Atomausstieg aber keine Energiewende. Aus Sicht der Länder und Kommunen können wir nicht feststellen, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien begriffen hätten, welche notwendigen, welche logistischen und technologisch konsequenten Entscheidungen jetzt folgen müssen. Aus unserer Sicht sind das die Dezentralisierung der Energieerzeugung und der Einstieg in das dezentrale Energiemanagement. Dies ist eine systemimmanente Notwendigkeit, wenn das umgesetzt werden soll, was jetzt sogar von der Union postuliert wird: eine Umstellung unserer Energieversorgung, die perspektivisch auf 100 Prozent regenerative Energien basiert.

Neu sind diese Themen keineswegs. Hermann Scheer hat sie in seinem Buch „Solare Weltwirtschaft – Strategie für die ökologische Moderne“ schon im Jahr 1999 beschrieben, unter dem Stichwort „globaler Technikmarkt – regionale Ressourcenmärkte“.

Energiewende vor Ort, in Ländern und Kommunen

Hermann Scheers konkrete Vision realisiert sich jetzt teilweise spärlich, teilweise auch sehr substanziell in den Ländern und Kommunen. „Energie vor Ort“ wird dort zur Realität. Das Thema beschäftigt die Menschen, die Institutionen und die Kommunen. Nun vollzieht sich, was Hermann Scheer bereits 1993 in „Sonnen-Strategie“ formulierte: Die Sonnenenergie ist die Energie des Volkes.

Doch was meint diese Aussage ganz konkret? Was bedeutet es, wenn wir sagen, eine Energiewende geht nur zusammen mit den Ländern und mit den Gemeinden? Es bedeutet: Unsere Kompetenzen sind dafür unerlässlich und wir müssen uns selbstverpflichtend einbringen.

Die Entwicklungen und Wachstumsprozesse einer CO₂-armen regenerativen Energiewirtschaft müssen sich immer auf folgende Elemente stützen: die sehr konsequente regionale Potenzialanalyse, die Erschließung dieser Potenziale und ein stringentes Ressourcenmanagement bezogen auf alle Möglichkeiten und auf alle regenerativen Energien. Rheinland-Pfalz setzt das, befreit von Koalitionsfesseln der FDP, seit fünf Jahren sehr konsequent um. Die Kernbotschaft lautet: Alle regenerativen Ressourcen müssen diskriminierungsfrei und unter ökologischen und sozialverträglichen Konditionen mobilisiert werden. Das sind gleichermaßen Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, tiefe und auch oberflächennahe Geothermie. Alle diese Ressourcen und deren Technologien sind im Wesentlichen bedeutsam für Raum, Fläche und Naturhaushalt, sie haben soziale Relevanz und müssen Akzeptanz finden. Sie sind also erheblich planungsrelevant.

Planungsrechtliche Instrumente der Länder und Kommunen nutzen

Planungsrecht fällt originär in die Kompetenz von Ländern und Gemeinden. Es ist ihre Verantwortung, das nötige planungsrechtliche Instrumentarium offensiv zur Verfügung zu stellen, damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien, wie er im Rahmen der Energiewende nötig ist, tatsächlich stattfinden kann. Hier tut sich einiges. Rheinland-Pfalz gibt beispielsweise über das Planungsrecht, genauer: die Landesentwicklungsplanung, die energiepolitischen Ziele vor. Bis 2030 wollen wir bilanziell eine 100prozentige regenerative Energieerzeugung erreichen. Die Planungsgemeinschaften, die kommunale Gemeinschaften sind, bekommen hierzu Vorgaben. So müssen zum Beispiel zwei Prozent ihrer Fläche als Vorrangflächen für Windenergie gesichert werden. Wir werden auch Vorgaben machen, dass Ausschluss- und Vorbehaltsflächen nicht mehr so restriktiv wie früher gehandhabt werden dürfen. Sonst würde manche Kommune oder Region nach dem Motto verfahren: Wenn zwei oder vier Prozent der Fläche als Vorranggebiete für regenerative Energien ausgewiesen sind, wird der Rest als Ausschlussgebiet definiert. Das sind unsere konkreten Möglichkeiten, das sind auch die Notwendigkeiten, wie die Energiewende tatsächlich umgesetzt werden kann.

Integration Erneuerbarer Energien auf lokaler Ebene

Es gibt in Verbindung mit der Energiewende – oder dem was man in Berlin darunter versteht – eine anhaltende Diskussion über die Netzstrategie: Wo, mit welcher Priorität und mit welcher Unterstützung werden welche Netze ausgebaut? Um es deutlich zu formulieren: Die Integration der Erneuerbaren Energien muss primär auf regionaler und kommunaler Ebene stattfinden. Und die Energiewende in den Ländern ist nicht zu schaffen, wenn sich die Integration nicht vorrangig auf die Verteilnetzebene konzentriert. Das ist im Übrigen die wirtschaftlichere und effizientere Strategie.

Rheinland-Pfalz hat bereits vor drei Jahren eine Vereinbarung mit einem seiner größten regionalen Netzbetreiber – eine RWE-Toch-

ter – geschlossen. Sie hat das Ziel, regional erzeugten regenerativen Strom – bei einem Zielwert von 100 Prozent Regenerativstrom heißt dies 60 bis 70 Prozent Windkraft – auf der Verteilnetzebene abzufangen. Aus den ländlichen Räumen, wo dieser Strom erzeugt wird, kann er in die abnahmestarken Ballungsräume transportiert werden. Dieser Ansatz spart Übertragungskapazitäten.

Wegen solcher konkreten Lösungen habe ich als Vertreterin eines Landes im Süden Deutschlands auch keine Angst, wenn die Transportnetze nicht ganz so schnell ausgebaut werden, wie es in den Szenarien der nationalen Netzstrategie vorgesehen ist. Was aber nicht heißt, dass gar keine neuen Transportleitungen gebraucht würden. Nur sind die Annahmen in dieser Strategie aus meiner Sicht übertrieben.

Integration vor Ort erfolgt auch in der Kombination mit Speichertechnik. Rheinland-Pfalz hat dazu Forschungsprojekte initiiert. Seit zehn Jahren wird bereits die Entwicklung sogenannter virtueller Kraftwerke gefördert, das heißt ein Energiemanagement über die unterschiedlichsten Energieerzeugungsanlagen unterschiedlichster Größe hinweg. Auch an verschiedenen Speichertechnologien wird gearbeitet, zum Beispiel an der Methanisierung regenerativ erzeugten (Kohlen-)Wasserstoffs, die erst am Anfang ihrer Entwicklung steht und perspektivisch Erdgasnetze und -speicher nutzen kann.

Auch hier gilt: Die nötigen Entscheidungen, ob Energie besser in Form von Wärme oder Strom zu speichern ist, müssen vor Ort getroffen werden. Auch die Kraftwärmekopplung ist in einem regionalen oder örtlichen Konzept ein wesentlicher Aspekt zur Integration regenerativer diskontinuierlicher Anlagen zu einer sicheren Versorgung.

Insgesamt ist dieser Ansatz – gerade was die Speicherung angeht – ein anderes Konzept als die Phantasien von großen Pumpspeicherkraftwerken im supranationalen europäischen Regelkreis.

Letzteres ist eine Phantasie auf Bundesebene und auf europäischer Ebene. Aber sie trifft nicht die Energierealität, wie sie sich von unten heraus entwickelt.

Erneuerbare Energien brauchen den Energiemanager vor Ort

Was uns zu einem weiteren Punkt führt: Eine Energiewende kommt nicht von selbst, sie braucht starke Akteure und muss belastbar umgesetzt werden. Dazu braucht es eine Re-Kommunalisierung der Energieversorgung. Nach meiner Überzeugung ist ein anderer Weg nicht vorstellbar. Wer managt denn die Erneuerbaren Energien und wer führt sie zusammen zu einer sicheren, kostengünstigen und verlässlichen Energieversorgung? Das wird Aufgabe der kommunalen und regionalen Energieunternehmen sein müssen. Sie ist zum einen historisch vom Energierecht so begründet, zum anderen ist es eine technologische und auch wirtschaftliche Notwendigkeit. Wird diese Grundsatzentscheidung nicht getroffen, oder dazu die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen hinausgeschoben, gefährdet dies die Umsetzung der Energiewende gerade im Hinblick auf die Versorgungssicherheit.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kommunen

Deswegen brauchen die Kommunen klare rechtliche Rahmenbedingungen. Zunächst sind die Länder gefordert: Eine meiner ersten Entscheidungen als Energieministerin war, mich mit meinem Innenminister-Kollegen über eine Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts zu verständigen. Denn ich wusste, dass dies die Voraussetzung dafür ist, dass man überhaupt Akteure hat, die die Energiewende, wie wir sie formuliert haben, umsetzen können. Die Aufgabe heißt also, Akteure zu identifizieren und zu stärken. Sie finden sich im Wesentlichen auf der kommunalen und regionalen Ebene. Deswegen ist es folgerichtig, wenn aktuell in Nordrhein-Westfalen oder anderen Ländern nun auch eine Debatte über die Änderung des Gemeindewirtschaftsrechtes geführt wird.

Der Weg dahin war in Rheinland-Pfalz zugegebenermaßen nicht leicht, er musste erkämpft und um Kompromisse gerungen werden. Nicht alle Fragen wurden im ersten Anlauf befriedigend gelöst. Aber das Ausstehende wird die Landesregierung nun im Rahmen einer Novellierung angehen, etwa dass man sich an Erzeugungsanlagen außerhalb des Gemeindegebietes beteiligen kann.

Die Zukunft der Energieversorgung ist dezentral

Diese zentrale Fragestellung wird – wie auch andere – auf Bundesebene nicht diskutiert, geschweige denn entschieden. Sie wird vom Energiekonzept der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien weder unterstützt noch berücksichtigt. Hermann Scheer hat dieses Phänomen in seinem letzten Buch „Der energetische Imperativ“ umschrieben: „Die Hermetik konventionellen Energiedenkens“ lautet ein Kapitel. Das passt sehr gut. Es gibt nach wie vor diese Enge im Denken, die faktisch eine Blockade ist, um die Energiewende, selbst wenn sie gewollt ist, tatsächlich zu vollziehen. Hier brauchen wir Veränderungen.

Denn der „Kampf“ ist längst nicht gewonnen. EU-Energiekommissar Günther Oettinger spricht zum Beispiel davon, dass die Photovoltaik-Förderung in Deutschland „so nicht mehr hinnehmbar“ sei und man eine Europäisierung der Standorte brauche. Und ich habe mich gewundert, wo eigentlich der Aufschrei war, als er vor wenigen Wochen den Kommunen und Stadtwerken geraten hat, Zurückhaltung an den Tag zu legen sich auch überörtlich zu engagieren. Oettinger hat sogar mit Beihilfeverfahren gedroht, obwohl er dafür eigentlich gar nicht zuständig ist.

Da wird sie wieder deutlich, die Philosophie gegen eine Dezentralisierung der Energieversorgung, die von unten wächst. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat reagiert und ist in Brüssel vorstellig geworden. In diesem Bemühen werden wir nicht nachlassen, aber dafür braucht es auch die Unterstützung.

Bildungstransfer entlang der Wertschöpfungskette

Für die Umsetzung einer Energiewende in den Ländern ebenfalls relevant ist das Thema Bildung. Es wird weder die Energiewende noch den Weg in die solare Energiewirtschaft geben, wenn der Transfer im Sinne von ‚capacity building‘, in Ausbildung, Fortbildung und in der Entwicklung entlang der gesamten Wertschöpfungskette nicht gelingt. Nicht nur vom föderalen System her ist es geboten, dass die Länder für diese Umsetzung mitverantwortlich sind.

Rheinland-Pfalz hat für jede erneuerbare Energie ein Weiterbildungsmodul entwickelt. Ohne solche Maßnahmen funktioniert der Umbau nicht. Die Bemühungen sind intensiv, sie greifen in die gesamten Ausbildungsstufen von der handwerklichen Ausbildung quer über alle Gewerke, von der Gebäudetechnik bis zur Gebäudeenergieinfrastruktur, bis zu verschiedenen Ingenieur- und anderen Hochschulstudiengängen. Es sind keine einmaligen Aktionen, sondern regelmäßig wiederkehrende Bausteine, Plattformen, Module, über die der Know-how-Transfer organisiert wird. Man kann diesen Prozess nicht einfach sich selbst überlassen, aber einmal angestoßen entwickelt er eine enorme Eigendynamik. Die Nachfrage und Beteiligungsbereitschaft sind groß. In Rheinland-Pfalz sind so bereits große Fortschritte zu verzeichnen.

Vernetzung aller Ebenen notwendig

Es ist nicht nur eine Frage des Selbstbewusstseins der Länder, sondern schlicht eine Notwendigkeit, dass Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen wissen, welche Hausaufgaben sie zu machen haben. Unbenommen hängt vieles von den politischen Rahmenbedingungen und von klaren Entscheidungen der Bundesebene ab, damit die Erneuerbaren Energien und die Energiewende tatsächlich von unten Dynamik entwickeln können. Nicht alle Signale aus Berlin stimmen da zuversichtlich. Wir brauchen die Bundesebene, aber vergessen Sie nie, dass wir die Kompetenz und vor allen Dingen die positiven Möglichkeiten auf Länder- und Kommunalebene brauchen für eine ambitionierte Energiewende!

„Realistisch ist der radikale Ansatz“ – hat Hermann Scheer formuliert. Das hat etwas mit dem zu tun, was wir umzusetzen versuchen: Keine faulen Kompromisse zu machen. Es ist notwendig, die Machtfrage in der Energiewirtschaft zu stellen. Es gibt keine Alternative, wenn wir die nichtfossile und nichtatomare alternative Energieversorgung zeitnah umsetzen wollen.

Wir haben noch viele Hausaufgaben zu machen. In Gesprächen auf Bundesebene habe ich immer wieder angeregt, einen Management-Plan zu entwickeln und eine Plattform zu schaffen, um die Entscheidungen auf Landes- und auf kommunaler Ebene mit dem Bund zu vernetzen. Nur so sind wir in der Lage, die richtigen Entscheidungen zu treffen, auch im Sinne der Vermeidung von Fehlallokationen von Ressourcen. Bis heute warten wir auf die Bereitschaft der Bundesregierung dazu.

Es liegt noch viel vor uns. Hermann Scheer kann uns da ein gutes Beispiel geben. Er war extrem vernetzt, unglaublich konsequent, unbeirrt, manchmal stur, streitbar, aber es hat sich unglaublich gelohnt. Das dürfen und müssen wir für die Zukunft mitnehmen. ‚Wende dein Gesicht der Sonne zu, dann lässt du den Schatten hinter dir‘, hat er mir in ein Buch reingeschrieben. In diesem Sinne sollten wir handeln, auch im Interesse und im Vermächtnis von Hermann Scheer. Das Wichtigste, was wir von seinen historischen Leistungen mitnehmen können, ist zu lernen diesen Weg in aller Konsequenz weiter zu beschreiten.

¹ Margit Conrad ist Staatsministerin und seit 2011 Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa. Sie war von 1987 bis 1990 Mitglied des Bundestages, später Bürgermeisterin in Saarbrücken. Seit 2001 ist sie Mitglied im Kabinett Beck, zunächst als Ministerin für Umwelt und Forsten, von 2006 bis 2011 zusätzlich auch als Energieministerin.

FRAKTIONSÜBERGREIFENDE ALLIANZEN UND DER AUSTAUSCH MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT

Podiumsdiskussion mit

*Eva Bulling-Schröter, Bundestagsfraktion Die Linke
Hans-Josef Fell, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Horst Meierhofer, Bundestagsfraktion FDP
Dr. Matthias Miersch, Bundestagsfraktion SPD
Prof. Dr. Edda Müller, Vorsitzende Transparency International
Deutschland*

Moderation: Dr. Franz Alt



v. l. n. r.: Franz Alt, Matthias Miersch, Hans-Josef Fell, Edda Müller,
Eva Bulling-Schröter, Horst Meierhofer

Franz Alt: Hermann Scheer hat bereits 1993 gesagt, dass sich Deutschland und Europa bis 2030 zu 100 Prozent erneuerbar versorgen könnten. Er nannte viele Beispiele, wo sich Technologien schneller entwickelt haben als gedacht. McKinsey prognostizierte 1990, so Scheer, bis zum Jahr 2000 werde es in den USA 900.000 Handys geben. Tatsächlich waren es zu diesem Zeitpunkt 120.000.000. Ist Deutschlands Ausstieg aus der Atomenergie in diesem Licht betrachtet halbherzig?

Edda Müller: Ich interessiere mich dafür, wie die Fraktionen nun weiter agieren. Was machen sie aus dieser Situation? Wie wollen sie den Managementplan konstruieren, der jetzt nötig ist? Auch die Zusammenführung mit Forderungen der Zivilgesellschaft ist zentral. Die Verbraucher werden in der aktuellen Debatte oft vernachlässigt. Wir brauchen ein Konzept, um aus Energiekonsumenten Energieproduzenten zu machen und damit Energieinvestoren. Und bei aller Dezentralität müssen wir unsere Energiepolitik auch in einem internationalen Kontext sehen.



Hans-Josef Fell, Edda Müller

Franz Alt: Nehmen wir an, Sie säßen im Bundestag, Frau Müller. Hätten Sie all die Gesetze, die innerhalb einer Woche verabschiedet wurden, lesen können? Als Außenstehender habe mich gefragt: Können die überhaupt wissen, über was sie abstimmen?

Edda Müller: Sie sprechen da ein generelles Problem an, das sich durch Zeitmangel noch potenziert. Es geht – und das hat Hermann Scheer stets betont – um den Zusammenhang von politischen Entscheidungsstrukturen und den Inhalten von Politik. Gerade die Energiepolitik ist ein Beispiel für die illegitime Form des Lobbyismus und die Vermachtung des Zusammenspiels von wichtigen Wirtschaftskreisen mit der Politik. Als Pragmatikerin glaube ich nicht, dass jeder Abgeordnete bei komplexen Themen sein eigenes Wissen generiert. Daher bedarf es entsprechender Unterstützung und eine Transparenz des Interessenseinflusses. Man muss wissen, wer wo mitgestrickt hat.

Franz Alt: Eva Bulling-Schröter, Sie haben für die Fraktion Die Linke mit abgestimmt. Wussten Sie im Detail worum es geht?



Eva Bulling-Schröter, Horst Meierhofer

Eva Bulling-Schröter: Da ich Vorsitzende des Umweltausschusses bin, wusste ich das. Denn ich habe alle Anhörungen zu dem Thema geleitet. Wir hatten an einem Tag neun Stunden lang Anhörungen, vier zum Atomgesetz und fünf zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Im Detail habe ich zwar auch nicht alles gelesen aber die großen Linien waren klar. Wer macht Profit an welchen Stellen?

Franz Alt: Unser heutiges Thema lautet: „Fraktionsübergreifende Allianzen“. Neben Ihnen sitzt ein Vertreter der FDP. Haben Sie den Eindruck, mit ihm könnten Sie fraktionsübergreifend erreichen, was Sie vorhaben?

Eva Bulling-Schröter: Im Umweltausschuss sind wir uns über vieles fraktionsübergreifend einig. Unsere Kontrahenten sind eher im Wirtschafts- oder im Haushaltsausschuss zu finden. Wir wollen 40 Prozent CO₂ einsparen und sind uns im Umweltausschuss auch weitgehend einig über den Atomausstieg bis 2022, mit Ausnahme meiner Fraktion. Uneinigkeit gibt es bei der Umsetzung und den Schlussforderungen.

Franz Alt: Das Bundesumweltamt hat gesagt, der Atomausstieg könne bereits 2017 erfolgen. Warum wurde nicht dieser Ausstiegstermin gewählt?

Horst Meierhofer: Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, wenn wir stur geblieben wären, und es bei dem alten Konzept von Rot-Grün belassen hätten. Ältere Kraftwerke wären früher vom Netz gegangen, neuere länger gelaufen. Hier konnten wir uns aber nicht durchsetzen.

Aber es war gut und nötig, ein Enddatum festzulegen. Nur, der Ausstieg allein bringt uns nicht viel weiter, die wirkliche Nagelprobe ist der Umstieg auf Erneuerbare Energien.

Franz Alt: Hermann Scheer glaubte an ein Umstieg bis 2030. Teilen Sie seine Einschätzung?

Horst Meierhofer: Man könnte es schaffen, wird es aber nicht. Und das liegt nicht an der mangelnden Zusammenarbeit der Bundestagsfraktionen. Es ist vielmehr eine Preisfrage und eine Frage dessen, wer entscheidet. Ich befürchte, der Umstieg geht weltweit nicht so schnell von statten, wie wir das hoffen. Die finanziellen Mittel sind zu ungleich verteilt. Länder der zweiten oder dritten Welt sind nicht in der Lage, Fördersysteme so schnell umzusetzen, wie wir das vernünftigerweise in Deutschland tun. Dort werden einige Wenige entscheiden, die wiederum kein Interesse an einer dezentralen Energieversorgung haben. Sie werden aus kurzfristigen Kostengründen Kohle- oder Gaskraftwerke bauen. Es ist an uns, der Welt zu beweisen, dass man Erneuerbare Energien wirtschaftlich sinnvoll nutzen kann, damit andere Länder folgen. Die größte Herausforderung wird sein, schnelle Entscheidungen zu treffen bei gleichzeitiger Bürgerbeteiligung. Es wird Kontroversen geben, wir werden weniger Einzelinteressen zulassen können zugunsten des Gemeinwohls.

Franz Alt: Wie skeptisch reagieren Ihre Wählerinnen und Wähler auf neue Strukturen wie Netze und Leitungen?

Matthias Miersch: In den Kommunen herrscht viel mehr Einsicht als im deutschen Bundestag. Viele Gemeinden aus meinem Wahlkreis übernehmen gerade wieder die Netze, von zwölf haben zehn kommunale Klimaschutzprogramme.

Das Problem ist: Es findet keine Transformation zwischen den politischen Ebenen statt. Wir arbeiten nach wie vor sehr separiert als Umweltpolitiker, als Wirtschaftspolitiker, als Sozialpolitiker, als Verkehrspolitiker. Ich war froh, in meiner Fraktion den Antrag auf einen „Ausschuss Energiewende“ stellen zu können. Wir wollen dort erstmalig interdisziplinär miteinander diskutieren.

Franz Alt: Hans-Josef Fell, Hermann Scheers Mitstreiter über mehrere Jahrzehnte: Was ist am wichtigsten, wenn wir in zwei Jahrzehnten den Umstieg auf 100 Prozent schaffen wollen?

Hans-Josef Fell: Das Umdenken in den Köpfen hat noch nicht bei allen stattgefunden. Deshalb kommen halbherzige Gesetze heraus, die komplex und unverständlich sind. Ich habe beispielsweise das gerade novellierte neue EEG bis heute noch nicht in allen Details analysieren können. Unsere Wissenschaftler analysieren derzeit das Gesetz. Dies müsste aber doch vor einer Novelle geschehen, nicht hinterher. Wenn die Atomenergie mit neuen Kohle- und Erdgaskraftwerken ersetzt werden soll und Frau Merkel neue Subventionen für Kohlekraftwerke auf den Weg bringen will, dann weiß ich, sie hat nichts verstanden.

Erneuerbare Energien können nicht schnell genug wachsen, heißt es immer wieder. Alle, die optimistische Prognosen machen, werden als Unrealisten diffamiert, anstatt zuzugeben, dass die Prognosen, die vor zehn Jahren gemacht wurden, längst übererfüllt sind. Wenn ich heute höre, erneuerbare Energien seien teurer als

die konventionellen Energien, stimmt das nicht einmal in Bezug auf die betriebswirtschaftlichen Investitionskosten. Stromerzeugung aus einem neuen Windrad an Land ist billiger als die Stromerzeugung aus einem neuen Kohlekraftwerk. Das sind die Realitäten, die oftmals verschwiegen werden.

Franz Alt: In einem Punkt stimmt es aber, dass Erneuerbare Energien zu teuer sind. Nämlich wenn Offshore-Strom aus der Nordsee nach Bayern geleitet wird. Brauchen wir das?

Hans-Josef Fell: Nein, in Bayern brauchen wir das wirklich nicht. Wir können auch im Land selbst Windräder aufstellen. Dennoch halte ich Offshore-Windenergie für eine sehr wichtige Technologie. An den Küsten dieser Erde gibt es viele Megacitys. Wir werden auf das Meer gehen müssen, um für diese Städte Strom zu erzeugen. Offshore wird hier eine zwingend erforderliche Technologie sein.

Franz Alt: Das Hauptproblem ist, dass die Energiewende in den Köpfen der Menschen noch nicht verankert ist, sagt Hans-Josef Fell. Frau Müller, als langjährige Verbraucherpolitikerin sollten Sie wissen, wie wir das erreichen können.

Edda Müller: Ich habe den Eindruck, dass da eine neue Legende entsteht. Wenn die Energiewende nicht klappen sollte, liegt das am Verbraucher, der entweder zu geizig ist oder Widerstand leistet. Als ich in den 1990er Jahren in Schleswig-Holstein Umweltministerin war, wurden erste Standorte für Windanlagen gesucht. Erstaunlicherweise hatten wir keine großen Probleme mit der Bevölkerung. Es gab von Beginn an ein System, um die Menschen in den Gemeinden zu beteiligen. Die Menschen haben gemerkt, dass sie an den Windrädern auch verdienen können. Deshalb halte ich die Kommunalisierung bei der Umsetzung der Energiewende auch für besonders wichtig.

Wenn man Netzautobahnen von Norden nach Süden bauen will, werden sich die Leute zu Recht fragen: Warum soll die Hochspannungsleitung bei mir vorbeigehen, wenn ich nichts davon habe? In einer anonymen Struktur wird es Widerstand geben. Gleichzeitig muss man Bewusstsein für die Energiewende schaffen und auch Möglichkeiten finden, den Einzelnen aktiv zu beteiligen.

Franz Alt: Hermann Scheer hat immer gesagt, die Umsetzung sei ein mentales Problem. Was können wir tun, um dies zu ändern? Brauchen wir neue Schulpläne, muss das in die Hochschulen getragen werden, fehlt es an der Handwerkerausbildung?

Edda Müller: Es fehlt an allem, was Sie erwähnt haben. Aber Bildungsprozesse sind besonders langsam. Man muss sie intensiv vorantreiben. Warum nimmt man es hin, dass der Bundesverband der deutschen Industrie weder die Interessen der Hersteller von Effizienztechnologien noch von Regenerativenergien vertritt? Warum widerspricht da niemand? Wir brauchen eine bessere Organisation und Artikulation unserer Interessen – übrigens auch in den Gewerkschaften. Dort sind die alten Denkmuster nach wie vor in den Köpfen verankert.

Horst Meierhofer: Es ist nicht die Aufgabe eines Verbandes, gegen eigene mehrheitliche Interessen zu sprechen. Wenn im BDI eine Mehrheit von Erneuerbaren Energien profitieren würde, dann würde sich dort auch die Meinung ändern. Ich denke, dass das Problem weniger in den Köpfen der Menschen, sondern vor allem in den Geldbeuteln der Unternehmen liegt. Bei den erneuerbaren Energien werden wir unser Ziel erreichen, wenn sie sich für möglichst viele rechnen und nicht nur für diejenigen, deren Herzensangelegenheit sie sind. Ich denke in Deutschland gibt es eine breite Schicht, der die Energiewende etwas wert ist. Das funktioniert wahrscheinlich nicht für ein Automobilwerk oder ähnliche industrielle Unternehmen, daher muss man darauf achten, dass wir hier mithilfe der Degression schneller Wettbewerbsfähigkeit erreichen.

Eva Bulling-Schröter: Wir sollten nicht über einen Konsens reden, den es gar nicht gibt, hat Hermann Scheer gesagt. Wir müssen Ross und Reiter nennen: Wer profitiert von der ökologischen Wende? Wer profitiert nicht? Nach wie vor haben die großen Energiekonzerne viel Macht und agieren entsprechend. Wir alle hier wollen eine Dezentralisierung, eine Kommunalisierung der Energieversorgung. Wenn wir diese konsequent umsetzen, dann wird sich etwas verändern. Wir müssen aber gleichzeitig versuchen, die dezentralen Strukturen an anderer Stelle nicht wieder zu zentralisieren. Die Großindustrie in Bayern möchte weiter Gaskraftwerke bauen. Die sind auch nötig als Brückentechnologie, aber nur für einen Übergang.

Die Energiewende ist auch eine Eigentumsfrage: Am besten gehört die Produktion in die Hände der Bürgerinnen und Bürger, denn der sozial-ökologische Umbau ist auch eine soziale Frage und wir brauchen auch in Zukunft soziale Preise für Menschen mit kleinen Einkommen, sonst wird die Akzeptanz schwinden.

Franz Alt: Frau Bulling-Schröter, was sagen Sie Ihren Parteifreunden in Brandenburg, die dort neue Braunkohlekraftwerke bauen wollen?

Eva Bulling-Schröter: Zuerst einmal: Der größere Koalitionspartner ist die SPD! Ein Großteil unserer Fraktion denkt da ganz anders als unser Wirtschaftsminister, das betrifft auch CCS. In unserem demnächst zu beschließenden Wahlprogramm und unserem gültigen Parteiprogramm gibt es eine klare Position zum Ausstieg aus der Kohle und zur Ablehnung von CCS.

Matthias Miersch: In den sehr guten Debatten, die wir zu dem Thema führen, geht es immer noch sehr emotional zu. CCS haben wir als Bundestagsfraktion zwar abgelehnt, aber dieser Entschluss bleibt umstritten. Die Alternativen müssen so schnell wie möglich vorankommen, ohne vom kurzfristigen Gewinn auszugehen. Neben der interdisziplinären Betrachtungsweise müssen wir auch unser Staatsverständnis wieder erwecken. Wir sollten

über ordnungsrechtliche Maßnahmen nachdenken, um die Industrie zu ihrem Glück zu zwingen! Wir als Gesetzgeber müssen klare Rahmen setzen. Was Hermann Scheer mit dem EEG geschaffen hat, nämlich einen Anreiz, muss dringend flankiert werden durch klare Zielvorgaben und klare Gesetze, die bestimmte Dinge fördern aber auch verbieten.

Hans-Josef Fell: Ich möchte noch einmal auf die Aussage von Horst Meierhofer zurückkommen, dass die Verbände die Interessen ihrer Mitglieder vertreten müssen. Das bekommt aber eine Schieflage, wenn Verbände und Unternehmen nicht einmal mehr ihre eigenen Interessen vertreten sondern nur polemisch dreinschlagen. Die energieintensive Industrie tut dies massiv, obwohl sie Nutznießer der Erneuerbaren Energien ist. Sie profitiert von den preisdämpfenden Effekten an der Strombörse, worüber die großen Industriebetriebe fast ausschließlich ihren Strom kaufen. Sie sind fast alle komplett von der EEG-Umlage befreit. Was sie bekämpfen, bezahlen sie also nicht einmal.

Wenn dieselben sagen, die Unternehmen müssten auch in Zukunft billigen Strom beziehen können, sie aber gleichzeitig für CCS-Technologie kämpfen, obwohl diese viel teurer als Windkraft oder Photovoltaik ist, dann stimmt etwas nicht.

Horst Meierhofer: Kein Industrieller tritt in den BDI ein, wenn dort seine Meinung nicht vertreten wird. Die Politik darf keinem Menschen oder Industriebetrieb vorschreiben, wer seine Interessen vertreten soll. Es gibt Unternehmer, die ihre Interessen von den Erneuerbaren vertreten lassen und da geht es nicht nur um das Gemeinwohl sondern auch darum, Geld zu verdienen.

Edda Müller: Selbstverständlich kann man Menschen nicht vorschreiben, welche Interessen sie haben sollen. Aber Menschen, die Politik gestalten, dürfen nicht nur zusehen. Als Politiker kann man entscheiden, welches Interesse man als unterstützenswürdig erachtet.

Abschließende Fragen aus dem Publikum:

- Was halten die Diskutanten von der geordneten Zerschlagung der Energiekonzerne?
- Warum haben wir heute nicht über den Begriff des Wachstums diskutiert?
- Wie schätzt das Podium die Entwicklung der Kohlekraft ein? Haben die noch eine Chance?
- Was ist die Meinung zur Verfeuerung von Biomasse?
- Müsste man nicht eher über Wachstumsparadigma und Jobparadigma sprechen, als zu behaupten, es ist nicht genug umgedacht worden?

Matthias Miersch: Für die Sozialdemokratie ist das Jobargument ein ganz Wichtiges. Die Geschichte, die wir dazu erzählen müssen, ist wie viele Jobs durch die Erneuerbaren Energien geschaffen werden, durch neue Technologien, die erfunden werden, neue Maschinen, die exportiert werden.

Zum Thema Zerschlagung der vier großen Energiekonzerne: Ich glaube, wenn wir die Hinterlassenschaft Hermann Scheers ernst nehmen, erledigt sich das ohnehin. Die Frage ist nur, ob wir das wollen. Der jüngste Geheimvertrag der Bundesregierung mit den vier Großen zur Laufzeitverlängerung war die Entmündigung der politischen Klasse der Bundesrepublik Deutschland. Hermann Scheer hat in einem Buch davor gewarnt, jemals wieder eine Vereinbarung mit den Konzernen einzugehen, die über die Zukunft entscheidet. Das müssen wir uns als Abgeordnete ins Stammbuch schreiben.

Hans-Josef Fell: : Ich bin sehr dafür, die Macht der Konzerne zu brechen, sie zu schwächen. Ich warne aber vor einer Zerschlagung. Der hohe Ölpreis hat 2008 den Weltmarktführer der Automobilindustrie, General Motors, ruiniert. Aus Gründen der Jobsicherung gab es als Reaktion Abwrackprämien und Ähnliches für die Bestandsicherung der spritfressenden Autos. Auch hier bei uns in Deutschland. Wir müssen die Konzerne gewinnen und sie



v. l. n. r. Matthias Miersch, Hans-Josef Fell

mitnehmen auf die Energiewende, sie möglichst schnell gewinnen unter Reduzierung ihrer Macht. Der Selbsterhaltungstrieb dieser starken Strukturen wäre sonst eine gefährliche Bremse auf dem Weg hin zu Erneuerbaren Energien.

Zu einer anderen Frage: Hermann Scheer sagte, es sei die schwierigste Aufgabe dieser Erde, alle Nationen unter einen Vertrag zu bringen. Wenn dies aber gelingt, dann ist der Vertrag so verwässert, dass er nicht seine angepeilte Wirkung entfalten kann. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir nachhaltige Entwicklung anders voranbringen. Nationale Vorreiterrollen, aktive Bürgergesellschaften, die Kräfte, die aus der Bevölkerung kommen, können viel mehr bewirken, als Weltgemeinschaftskonferenzen.

Edda Müller: Zum Thema Eigentum: Die Regelung der Verfügungsrechte und die daraus sich erschließende Kommunalisierung ist hier genauso zu beachten, wie die Frage, wem künftig die Netze gehören sollen. Es soll keinen Klassenkampf geben, aber die Kommunen müssen gestärkt werden.

Zum Thema Nachhaltigkeit: Hier wird man interdisziplinär und sektorübergreifend denken müssen. Bei aller Wirtschaftlichkeit dürfen die Sozialimplikationen nicht vergessen werden.

Horst Meierhofer: Biomasse ist zwar tatsächlich problematisch, aber dennoch ein wichtiger Teil der Erneuerbaren Energien. Wir werden nicht darauf verzichten können.

Wenn man sich die Börsenkurse der großen Energiekonzerne ansieht, so wird man feststellen, dass die Gefahr der Zunahme ihrer Macht recht überschaubar ist. Auch sollten größere und zentrale Erzeuger eine Chance bekommen, wenn sie bereit sind, umzusteuern.

Das Thema Kohle bleibt nicht nur national sondern auch international aktuell. Da es nun einmal sehr billig ist, Kohle zu verbrennen, wenn man nicht an die ökologischen Folgen denkt, wird in China oder Australien auch in naher Zukunft Kohle eingesetzt werden. Daher werden wir CCS brauchen, weniger für Deutschland als vielmehr weltweit.

Franz Alt: Im Geiste Hermann Scheers waren wir heute beisammen. Bei unserem letzten gemeinsamen Spaziergang sagte er mir, bei jedem neuen Buch, das er schreibe, spüre er, der Geist wehe viel weiter, als wir uns ursprünglich gedacht haben. „Der Geist weht weit“, ein wunderbares Wort des Agnostikers Hermann Scheer, das mich als Christen sehr beeindruckt hat.

Ich will den Tag beenden mit den Schlussätzen aus Hermann Scheers letzten Buch: „Auf der politischen Ebene entscheidet sich, ob der Energiewechsel, den die Gesellschaft vollzieht, beschleunigt wird. Der Energethische Imperativ bedeutet ultimative Beschleunigung.“ Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass dieser Geist weiterweht und Früchte bringt, die wir ernten können.